

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.  
Postfach-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 15.

Berlin, den 9. April 1911.

12. Jahrgang.

**Kollegen, seid unermüdllich in der Frühjahrsagitation.**

## Die Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Die Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die am 21. und 22. März in Nürnberg stattfand, tagte, wie ihre Vorgänger, unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Dieses Charakteristikum ist früher von eigenen Verbandszugehörigen bemängelt worden, der Bund habe nichts zu verheimlichen, die Öffentlichkeit würde auch mehr Vertrauen und Verständnis für seine Bestrebungen empfangen, wenn er seine Angelegenheiten vor ihrem breiten Forum verhandele. Sie sind nicht durchgedrungen, jene Stimmen, die alte Heimlichkeiterei ist beibehalten worden. Das fordert zum Mißtrauen heraus, zumal der offizielle Bericht der Generalversammlung außerordentlich dürftig ist. Nur in einem Punkte ist Klarheit gegeben worden, der Wehrschuß von einer Million Mark ist endgültig beschlossen.

Herr Geheimer Baurat Felisch erstattete den Geschäftsbericht, der in der „Baugewerks-Zeitung“ veröffentlicht wurde. Er enthält nichts Neues, auch die alten, unhaltbaren Behauptungen finden sich wieder, nämlich, daß die Zahl der Ausgesperrten am 15. April 186 000 und am 18. Mai 197 000 betragen habe. Das ist längst zweifellos als unrichtig nachgewiesen worden, warum man sich trotzdem daran klammert, ist fast kaum mehr zu verstehen. 60 000 A Vermögen besaß der Bund bei Ausbruch des Kampfes, 270 000 A erhielt er aus dem Unterstützungsfonds des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände. Die Lehre hat der Bund gezogen, daß man sich bei Kämpfen nur auf sich selbst verlassen soll, und dem gab Felisch unumwunden Ausdruck. Sympathie-Erklärungen seien schön, meinte er, und nicht zu verachten, aber unter Umständen müsse man allein kämpfen und siegen können. Auch seien schon oft im Momente der Gefahr Freunde zu Gegnern geworden. Ein voller Sieg sei im vergangenen Jahre nicht erreicht worden, aber ein moralischer. Herr Geheimer Baurat Felisch redete auch von einem „uns so freventlich aufgedrungenen Kampf“. Das übersteigt so ziemlich alles, was wir bisher darüber vernommen haben. Wir wollen aber darüber mit Herrn Felisch seines hohen Alters wegen nicht rechten. Darüber hat die Öffentlichkeit entschieden, und erst recht alle jene, die tieferen Einblick in den Verlauf der Dinge genommen haben. Unserem Ansehen können darum solche Aeußerungen nichts schaden, wohl aber anderen! Herr Felisch fordert für den Bund ein größeres An-die-Öffentlichkeit-Treten, um unrichtigen Legendenbildungen vorzubeugen. Warum hat der Bund mit seiner diesjährigen Generalversammlung nicht den Anfang dazu gemacht? Mehr Pflege der Statistik, Tarifverträge und Stärkung des Bundes fordert er. 10 Millionen Mark habe die Aus-sperrung den Gewerkschaften abgenommen, und das sei schon an und für sich ein Erfolg. Wenn der gleiche Mund dann von Frieden redet, den man angeblich herbeiführen will, bis dahin müßten aber die Arbeitgeberverbände Kampfvereine bleiben, so werden wir das richtig einzuschätzen verstehen. Für einen so herbeigeführten Frieden wird man danken müssen.

Ueber die Bildung des Wehrschusses referierte Herr Baurat Enke-Leipzig. Ueber die Verhandlungen selbst ist nichts verlautbar geworden. Folgender Beschluß wurde angenommen:

„Die 12. ordentliche Hauptversammlung beschließt eine außerordentliche Umlage gemäß § 29 der Bundesstatuten. Jedes Bundesmitglied hat für die Jahre 1910/12 eine Summe einzuzahlen, die soviel mal 45 Mark beträgt, als das Bundesmitglied persönliche Mitglieder bzw. Betriebe hat. Die Hälfte der Summe ist im Jahre 1911, die andere Hälfte im Jahre 1912 an das Konto des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe bei der Deutscher Bau-, Berlin, Depostitenkassa B, einzuzahlen.“

Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Der Rest heißt Schweigen, über die übrige Verhandlung wurde nichts mitgeteilt. Nichts über die Materialsperrung, nichts über die Verschmelzung mit den Tief- und Betonbau-

arbeitgeberverbänden, nichts über die Kartellverträge mit in- und ausländischen Arbeitgeberverbänden. Nur die „Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberzeitung“ macht einen Anlauf dazu, der übrigens recht bemerkenswert ist. Er zeigt den Terrorismus, den der Arbeitgeberbund f. d. B. gegen die Materiallieferanten ausübt. Er dürfte bei geeigneten Gelegenheiten gute Dienste tun.

Herr Geheimer Baurat Felisch legte den Vorsitz des Bundes endgültig nieder, er wurde zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit ernannt. Als erster Vorsitzender wurde Herr Baurat Enke-Leipzig, als Stellvertreter Behrens-Hannover und Popp-Nürnberg gewählt. Nach Angabe zählt der Bund augenblicklich 23 000 Mitglieder. Ausländische Arbeitgebervertreter waren aus Schweden, Dänemark, Oesterreich, Ungarn und der Schweiz erschienen.

Unsere Mitglieder sollen sich nicht darüber täuschen, daß die diesjährige Generalversammlung des Arbeitgeberbundes f. d. B. von entscheidender Bedeutung für das Jahr 1913 war. Er rüstet auf einen neuen Kampf, und er wird mit seinen alten Forderungen wiederkommen. Die Lehren daraus ergeben sich für uns von selbst, mögen wir nicht vergeblich unsere warnende Stimme erhoben haben. Vor allem bei unserer diesjährigen Verbandstätigkeit.

Der ist kein Mann,

Der, wo das Größere zu gewinnen ist,  
Am Kleinern sich genügen läßt.

Schiller.

## Der Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

30. bis 35 000 Mitgliederzunahme des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1910, dieses Resultat kann der diesjährige Bericht des Ausschusses feststellen. Das ist erfreulich, um so mehr, als, wie der Bericht mit Recht hervorhebt, die Voraussetzungen für die sonstigen und organisatorischen Erfolge der Gewerkschaften immer schwieriger werden, auch die Gegner der christlichen Gewerkschaften sich vermehrt haben. Keine Organisationsrichtung hat so ihre Grundlage verteidigen müssen, wie die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren. Politische Verdrängung, Bekämpfung durch die Scharfmacher, deren unsozialen Plänen sie im Wege standen, der Kampf der katholischen Fachabteilungen und endlich die Sozialdemokratie, die sich sogar als Beschützerin der evangelischen Interessen deckte. Natürlich in dem Kampf zwischen christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen, der doch eigentlich nur die Katholiken berührt. Doch der nach den verschiedensten Richtungen hin zu führenden Abwehr ein beachtenswerter Fortschritt.

In aller Erinnerung sind noch die Artikel Gues, worin eine merkwürdige Sinkentwicklung der christlichen Gewerkschaften demonstriert werden sollte, ja daß auch katholische christliche Gewerkschaftsführer bedenkliche „modernistische“ Anwandlungen bekunden würden. „Sitz Berlin“ übermittelte diese Artikel den deutschen Bischöfen. Heute reitet die Sozialdemokratie einen anderen Gaul, die christlichen Gewerkschaften sollen nunmehr eine Schwelgere nach rechts vorgenommen haben. Beides ist falsch und entspringt nur agitatorischem Interesse. In Wahrheit sind die christlichen Gewerkschaften das geblieben, was sie von Anfang waren, nur die „freien“ Gewerkschaften sind weiter nach links gerutscht, von der politischen Sozialdemokratie getrieben. Der Radikalismus innerhalb derselben feiert ja seit Jahresfrist wieder seine ägyptischen Blüten und müssen „freie“ Gewerkschaftsführer quasi Spießruten laufen. Das hat seinen Grund darin, weil erstere Feinde jeder zielbewußten Gewerkschaftsarbeit sind. Die christlichen Gewerkschaften können und wollen sich nicht von diesen Strömungen mitreißen lassen; im Interesse der Arbeiter müssen sie dagegen Front machen, unbekümmert darum, daß ihnen das die schlimmsten Verdrängungen und Bekämpfungen einträgt. Ja sogar auch von solchen, denen wir früher zu weit links standen. Die spätere Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung Deutschlands wird das feststellen müssen.

Die christlichen Gewerkschaften erblicken in den Tarifverträgen eine notwendige Konsequenz unserer heutigen Wirtschaftsordnung. Sie ermöglichen einen allmählichen Aufstieg der Arbeiterklasse und verbürgen eine ruhige gewerbliche Entwicklung. Nach sozialistischer Auffassung dagegen sind Tarifverträge lediglich Mittel zur Macht. Daß indes mit Macht allein auf die Dauer keine gewerbliche Ordnung herzustellen ist, ist für alle C... ächtigen klar. Die politische Sozialdemokratie ist sich insofern konsequent, als sie ja im Rahmen der gegenwärtigen Verhältnisse keine gewerbliche Ordnung will; sie erstrebt eine ganz neue, die sozialistische Wirtschaftsordnung. Und die sozialdemokratischen Massen werden zwischen dem Widerspruch der sozialistischen Theorie und der gewerkschaftlichen Praxis des täglichen Lebens im Gegenwartsstaate hin und her geplatzt. Aus dieser Sachlage heraus müssen ganz naturgemäß die widerspruchsvollen Anschauungen über den Tarifvertrag hervortreten, wie sie vorher gekennzeichnet wurden. Die ganz andere Wertung der gewerkschaftlichen Arbeit im christlichen Gewerkschaftslager muß auf die Dauer ganz von selbst zu schärfer gezogenen Scheidungslinien gegenüber der sozialistischen Auffassung führen; dazu bedarf es weder politischer noch kirchlicher Einflüsse, die nur aus rein agitatorischen Gründen von der sozialistischen Agitation gegenüber den christlichen Gewerkschaften konstruiert werden.“

Diese Tatsache, die der Bericht feststellt, muß immer wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden. Ein Teil der „freien“ Gewerkschaften ist heute schon durchaus nicht mehr tariffreundlich, andere wiederum drängen nach solchen, um nach einem gewissen Verdegang, der nur politische Motive im Auge hat, ebenfalls zu Tarifgegnern zu werden.

Der Bericht erwähnt kurz die gegenüber dem Vormwärtsdrängen der Gewerkschaften auf sozialem Gebiet immer heftiger erhobenen Einwürfe, die deutsche Industrie könne weitere Lasten nicht auf sich nehmen, ohne dem Ausland gegenüber Konkurrenzunfähig zu werden. Das sei als eine Uebertriebung anzusehen. Um den gegen die gesellschaftlichen behördlichen Reglementierungen erhobenen Klagen zu begegnen, sollten die Arbeitgeber der Großindustrie ihren alten Standpunkt aufgeben und mit den Arbeitern verhandeln, damit gesellschaftliche Aktionen, die immer nur allgemein gehalten sein könnten, und die nicht spezielle Sonderheiten berücksichtigen können, überflüssig würden.

Nach diesem mehr grundsätzlichen Zeile wendet sich der Bericht den einzelnen praktischen Gebieten zu. Der Ausschuss des Gesamtverbandes hielt im Berichtsjahre 2, der Vorstand 12 Sitzungen ab. Vorstand und Ausschuss nahmen zu den jeweils laufenden Fragen, u. a. zur Reichsversicherungsordnung, Stellung. In den Sitzungen des Ausschusses wurden u. a. folgende Gegenstände behandelt: die künftigen Aufgaben des Gesamtverbandes und der einzelnen Verbände hinsichtlich der Agitation; die Aufgaben der Verbände in Gewerben mit fortgeschrittener Tarifbewegung; die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften gegenüber der Arbeitervertretung in der gesellschaftlichen Arbeiterversicherung; die Verwaltung und zweckmäßige Auslage von Kapitalien; die Jugendfrage; die christliche Gewerkschaftspressen. Das „Zentralblatt“ hat im vergangenen Jahre eine neue Ausgestaltung erfahren, insofern, als an Stelle der früheren fünf nur mehr vier monatliche Uebersichten erscheinen, und zwar in einer Nummer über „Volkswirtschaft“ und „Arbeiterbewegung“ und in der anderen Nummer über „Ausland“ und „Literatur“.

Dem Gesamtverband wurden durch den Ausschuss erweiterte Aufgaben überwiesen und die dafür benötigten Mittel zur Verfügung gestellt. So ist mit dem 1. Januar 1911 auf dem Generalsekretariat ein besonderes Preßdezernat geschaffen worden, durch das allwöchentlich eine Korrespondenz herausgegeben und an die der christlichen Gewerkschaftsbewegung freundlich gesinnte Presse verschickt wird. Weiter ist zur Verfolgung und Bearbeitung der Vorgänge in der Arbeiterjugendbewegung und zur Anleitung der Ortsstellen im Sinne einer planmäßigeren Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben je eine weitere Kraft auf dem Generalsekretariat angestellt worden.

Sehr gute Folgen zeitigten die im Berichtsjahre im ganzen Lande abgehaltenen Konferenzen zwischen Vertretern der uns freundlich gesinnten Presse und sozialer Vereine. Im Herbst fanden in mehreren Bezirken Konferenzen für die Beamten der verschiedensten Verbände statt, zur Besprechung organisatorischer und agitatorischer Fragen. Für Baden und Sachsen wurde die Anstellung je eines Bezirkssekretärs des Gesamtverbandes beschlossen. Den Vorgängen innerhalb der Staatsarbeiterbewegung wurde ein besonderes Augenmerk zugewendet, mit dem Erfolge, daß heute bereits vier Organisationen mit 50 000 Staatsarbeitern dem Gesamtverbande angeschlossen sind.

Die Ergebnisse der Sammlung gelegentlich der Bauarbeiterausperrung betragen 97 930,97 A. Der betreffende Betrag

wurde zum größeren Teile den Bauarbeitern, zum Teil solchen Besonderen überlassen, die sich in einer besonders schwierigen Lage befanden. Als die Bauarbeiterausperrung Mitte Juni abgedreht wurde, waren etwa 50 000 M. aus den Sammlungen eingegangen; bis restlichen Beträge liefen zum Teil sehr viel später ein. Im Dezember wurden noch Beträge von Sammelgeldern eingeleistet. Bis dahin hatte sich der Bauarbeiterverband schon längst wieder erholt. Der Ausschuss des Gesamtverbandes beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung bereits mit der Frage, wie das Sammelwesen bei ähnlichen Kämpfen künftig zu gestalten sei, damit die gesammelten Beträge zur rechten Zeit ihrem Bestimmungszweck zugeführt werden können.

Dem Bericht des Kollegen Stegerwald folgte die der Berichtsekretariate und des Zentralbüros für Arbeitervertretung in Berlin.

Ein Jahr, reich an Kämpfen und Widerwärtigkeiten, die Erfolge blieben trotzdem nicht aus. Die christlichen Gewerkschaften sind nun einmal eine erprobte Kämpferschar, und das verbürgt ihnen auch für die Zukunft Erfolge.

**Berichte**

**der Berufsgenossenschaften 1909.**

IV.

**Sachsen-Massnische Baugewerks-B. G.**

Die Entwicklung dieser Genossenschaft, Zahl der Betriebe und der Versicherten, sowie die Höhe der berechneten Durchschnittslöhne, zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Betriebe	Versicherten	Löhne und Gehälter insgesamt	pro Kopf
1905	14 113	74 569	76 797 090	1029,87 M.
1907	14 208	70 616	77 494 620	1105,90 "
1908	14 485	62 722	71 422 573	1122,77 "
1909	14 661	61 934	71 414 709	1153,08 "

Während also die Zahl der Betriebe eine fortwährende Steigerung aufweist, zeigt die Zahl der Vollarbeiter eine fallende Tendenz. Die Durchschnittslöhne sind im letzten Jahre wieder etwas gestiegen. Die Zahl der Unfallanzeigen ist gegen das Vorjahr um rund 4 Proz. höher geworden. Die absolute Zahl der Verletzten, für welche im Laufe des Rechnungsjahres Unfallanzeigen erstattet worden sind, ist 3313. Von den Verletzten starben 47. Bei einem Verletzten trat eine dauernd völlige, bei 141 Verletzten eine dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit ein. 609 Personen erhielten 1909 zum ersten Male eine Entschädigung. Die Gesamtzahl der Rentenbezieher betrug 4350; sie erhielten 764 426 M. An 542 Witwen wurden 97 282 M., an 561 Kinder und Enkel 84 079 M. als Renten gegeben. Verwandte erhielten 8094 M. Die Kosten des Heilverfahrens betragen 26 002 M. Das Vermögen der Genossenschaft betrug am Schlusse des Rechnungsjahres 2 971 642 M.

**Württemberg, Baugewerks-B. G.**

Die Zahl der Betriebe wie der bei dieser Genossenschaft versicherten Arbeiter hat sich gegen das Vorjahr erhöht. Die Zahl der Betriebe ist um 76, die Zahl der Versicherten (Vollarbeiter) um 1552 gestiegen. Die eingetretene Steigerung des Durchschnittslohnes ist äußerst gering, nicht ganz 10 M. pro Kopf und Jahr. Er beträgt 1117,26 M. auf den Vollarbeiter gegen 1107,57 M. im Jahre 1908. Die Zahl der Unfallanzeigen ist sich gleichgeblieben; auf 1000 Vollarbeiter kamen 1909 47,42, oder 1587 im ganzen. 22 Unfälle führten den Tod des Verletzten herbei. Ein Verletzter blieb dauernd völlig, 262 Verletzte blieben dauernd teilweise erwerbsunfähig. Unter den Verletzten befanden sich 20 Jugendliche. Wie auch bei den übrigen Berufsgenossenschaften ereigneten sich die meisten Fälle beim Zusammenbruch, Einsturz, Herab- oder Umfallen von Gegenständen, durch Fall von Leitern usw. Von den Verletzten erhielten 495 zum ersten Male eine Rente. Die Gesamtzahl der Rentner betrug 1909 auf 3342; es wurden an sie ausbezahlt 437 273 M. Als Abfindungen wurden an 71 Inländer 16 314 M., an 2 Ausländer 400 M. gegeben. 341 Witwen erhielten 54 878 M. Renten, 383 Kinder 52 101 M. Die Kosten des Heilverfahrens sind ausgewiesen mit 12 543 M. Als Sterbegelder gelangten 1724 M. zur Auszahlung. Die Verwaltungskosten sind ausgewiesen mit 2,44 M. pro Vollarbeiter, oder 8,45 M. auf jeden Betrieb. Das Vermögen der Berufsgenossenschaft betrug 1909 1 843 001 M.

**Südwestliche Baugewerks-B. G.**

Der Kreis der Versicherten wie die Zahl der Betriebe, für welche diese Berufsgenossenschaft gebildet ist, hat sich gegen das Vorjahr verringert. Es waren ihr unterstellt:

1908	12 627 Betriebe	49 115 Arbeiter
1909	12 416 "	46 902 "

Die Lohnverhältnisse sind folgende:

Jahr	Löhne insgesamt	pro Vollarbeiter
1905	61 154 327	1203,55 M.
1908	60 941 933	1240,88 "
1909	59 215 131	1262,52 "

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist auch im Berichtsjahre wieder gestiegen, auf 65,66 pro tausend Vollarbeiter. Die absolute Zahl der Meldungen betrug 3079. Von den Verletzten starben 48; 5 Verletzte blieben dauernd völlig erwerbsunfähig, 171 dauernd teilweise, während bei 423 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit eintrat. An insgesamt 4333 Rentenbezieher wurden 794 294 M. ausbezahlt. 497 Witwen erhielten 80 382 M., 544 Kinder und Enkel 84 079 M., 37 Verwandte 6874 M., 50 Ausländer wurden mit 18 051 M., 13 Ausländer mit 6559 M. abgefunden. Die Kosten des Heilverfahrens betragen 18 129 M. Der Reservefonds hat einen Bestand von 2 223 416 M.

Einzigartig ist die

**Tiefbau-Berufsgenossenschaft.**

Der Bericht für 1909 weist eine Steigerung der Betriebe und eine Verminderung der vollbeschäftigten Arbeiter auf. Die Zahl der Vollarbeiter ist 134 178, während die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter mit 301 896

ausgewiesen ist. Das zeugt von großer Unregelmäßigkeit des Betriebes, bzw. der Beschäftigung bei dieser Berufsart.

Jahr	Vollarbeiter	Durchschnittslöhne
1905	141 109	1068,50 M.
1908	172 291	1182,48 "
1909	164 178	1208,49 "

Zu den zur Tiefbauberufsgenossenschaft gehörigen Betrieben sind die meisten Unfälle von all den hier in Betracht kommenden Genossenschaften zu verzeichnen, nämlich 91,85 pro tausend Vollarbeiter. Nur in der Eisenindustrie und in der Brauerei und Mälzerei gibt es höhere Unfallziffern. Die 1909 gemeldeten Unfälle betragen absolut 15 079; 217 Menschen gingen dabei zu Tode; 23 Verletzte blieben dauernd völlig, 755 dauernd teilweise, 1540 vorübergehend erwerbsunfähig. Im Jahre 1909 erhielten 2535 Personen erstmals Rente. Die Gesamtzahl der Rentenbezieher betrug 12 937; die ausbezahlte Rentensumme 2 171 980 M., 1392 Witwen 62 079 M., 1392 Kinder 304 227 M., 89 Verwandte 17 768 M. Renten. An Sterbegeld wurden gezahlt 16 342 M.; für eingeleitetes Heilverfahren 83 021 M. Der Reservefonds ist im Hinblick auf die Zahl der Versicherten, der Rentner und der hohen Unfallziffern ganz entschieden zu niedrig; er hatte am Schlusse des Rechnungsjahres nur einen Bestand von 1 438 072 M.

Damit schließen wir die knappe Besprechung der Jahresberichte

**Rundschau.**

**Jugendbewegung und christliche Gewerkschaft.** Am Mittwoch, den 29. März, fand für die Berliner evangelischen Junglingsvereine und christlichen Vereine junger Männer eine Verbandskonferenz statt, in der das Verhältnis der Junglingsvereine zu der christlichen Gewerkschaftsbewegung erörtert und festgelegt wurde. Nach einem eingehenden Vortrage von Gewerkschaftssekretär Meyer-Berlin und einer sehr lebhaften Diskussion nahm die zahlreich besuchte Vertreter-Versammlung der Vereine folgende Beschlüsse einstimmig an:

1. Die Vorstände der evangelischen Junglingsvereine und christlichen Vereine junger Männer erachten es als ihre Pflicht, ihren Einfluß bei den Mitgliedern dahin geltend zu machen, daß letztere über Ziele und Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften unterrichtet werden und nach beendigtem Lehrverhältnis die Mitgliedschaft in der für ihren Beruf bestehenden christlichen Organisationen erwerben.
2. Die christlichen Gewerkschaften veranlassen ihre evangelischen Mitglieder, den evangelischen Junglingsvereinen beizutreten. Die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften werden angehalten, ihre Söhne den evangelischen Junglingsvereinen zuzuführen und sich zu bemühen, die unter ihrer Obhut stehenden Lehrlinge über Ziele und Bestrebungen der evangelischen Junglingsvereine aufzuklären und sie anzuhalfen, sich diesen Vereinen anzuschließen, wie überhaupt den Junglingsvereinen ihr Interesse zuzuwenden.
3. Es empfiehlt sich, einen Jugendauschuß zu bilden, der sich aus Mitgliedern beider Körperschaften zusammensetzt und die gemeinsam einzuschlagenden Wege vorzubereiten hat.

Der Auschuß ist bereits begründet, und es steht zu erwarten, daß die beiden Organisationen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sich gegenseitig wertvolle Dienste leisten werden. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin, Sophienstr. 19.

**Rheinischer Arbeitsnachweisverband.** Zur Förderung des Arbeitsnachweises in der Rheinprovinz, insbesondere auch zur Durchführung der Arbeitsvermittlung von Ort zu Ort ist am 24. d. Mts. der Rheinische Arbeitsnachweisverband mit dem Sitz in Köln gegründet worden. Organe des Verbandes sind der Vorstand und die Verbandsversammlung. Nach den Satzungen des Verbandes besteht der Vorstand aus dem Vorsitzenden und 35 gewählten Mitgliedern, von denen mindestens je 7 dem Stande der Arbeitgeber und -nehmer angehören müssen. Der Vorstand kann sich durch Zuwahl auf 40 Mitglieder ergänzen, außerdem gehören ihm der jeweilige Oberpräsident und der jeweilige Landeshauptmann an. Auf Grund der erwähnten Satzungsbestimmung sind in der Gründungsversammlung 7 Arbeitnehmer in den Vorstand gewählt worden. Außerdem ist es nicht ausgeschlossen, daß von den örtlichen Arbeitsnachweisen, denen 8 Vertreter zuzählen, ebenfalls noch Arbeitnehmer in den Vorstand abgeordnet werden.

**Städtische Arbeiterhäuser in Dresden.** Seit einiger Zeit zeigt sich in Dresden ein heftiger Wohnungsmangel, der sich namentlich für kinderreiche Familien bemerkbar macht. Solchen Familien war es in den letzten Monaten auch bei Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit oft unmöglich, eine Wohnung zu finden. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, hat der Magistrat in Dresden eine Vorlesung einberufen, nach der zunächst mit einer Summe von einer halben Million städtische Arbeiterhäuser errichtet werden sollen; da hauptsächlich der Wohnungsmangel der ärmeren Bevölkerung abgeholfen werden soll, sollen die Wohnungen in den projektierten Häusern nicht mehr als drei Zimmerlichkeiten (Stube, Kammer, Küche) erhalten, für einzelfühende Leute sollen außerdem noch kleinere Wohnungen mit nur einem heizbaren Raum angelegt werden. Als Mieter sollen die Wohnungen in den projektierten Häusern nicht mehr diesen besonders schwer ist, eine passende Wohnung zu finden. Außerdem will der Magistrat eine weitere halbe Million flüssig machen, um auf Häuser mit kleinen Wohnungen Hypotheken an zweiter Stelle zu vergeben.

**Das Urteil im Köln-Düsseldorfer Landfriedensbruchprozeß.** Das am 18. März nach sechstägiger Verhandlung gefällt wurde, hat aber 15 Angeklagte zusammen 23 Jahre und 6 Monate Gefängnis verhängt. Die niedrigste Strafe ist mit 6 Monaten, die höchste mit 5 Jahren bemessen. Der als Streikleiter fungierende Gewerkschaftsbeamte Fröhlich vom sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverband wurde wegen Anstiftung und Abkündigung zu 2 Jahren und 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Ob das sehr hohe Strafmaß bei allen Verurteilten der wirklichen Schuld entspricht, darüber laßt man verschiedene Meinungen sein, insbesondere beim Gewerkschaftssekretär Fröhlich, der von eigenen Verbandsmitgliedern — aber sehr fragwürdigen Elementen — vor Gericht der Anstiftung beschuldigt und so herangezogen wurde. Nicht ohne Einfluß auf das Strafmaß ist jedenfalls der Umstand gewesen, daß fast alle Angeklagten — teilweise wegen schwerwiegender Delikte — ganz erheblich vorbestraft waren. Die während der Verhandlung in der sozialdemokratischen Presse an dem Kölner Urteil ruff die Erinnerung an einen anderen Landfriedensbruchprozeß, nämlich an Badisch-Rheinischen, wach. Damals hat die ganze sozialdemokratische Presse den Streikleiter als den einzig Schuldigen zu bezeichnen versucht, ihn als den

Schwer bezeichnet, der die Opfer des Badisch-Rheinischen Dramas auf dem Gewissen habe. Damals kam eben kein „Genosse“, sondern ein christlicher Gewerkschaftsbeamter in Frage. Heute aber wird das Kölner Urteil gegen Fröhlich als ein „Schreckensurteil“ bezeichnet, das ob seiner Ungerechtigkeit zum Himmel schreie. Dabei ist es offenkundige Tatsache, daß gegen den sozialdemokratischen Streikleiter Fröhlich viel gravierendere Zeugnisaussagen gemacht wurden wie gegen den christlichen Streikleiter in Badisch-Rheinischen, wo das Material nicht einmal zur Erhebung einer Anklage seitens des Staatsanwalts, geschweige zu einer Verurteilung ausreichte. An dem vollständig entgegengesetzten Verhalten der Sozialdemokratie bei den Streikprozessen in Rheinischen und Köln ersticht man wieder deutlich ihre Moral mit doppeltm Boden.

**Das Kasseler sozialdemokratische Gewerkschaftshaus** geht den „freien“ Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nun endgültig verloren. Dasselbe gelangte bekanntlich kurz nach seiner Vollendung zur Substation, wobei zahlreiche Arbeiter und Handwerksmeister ihr Geld einbüßten. Nach dem Konkurs gelangte es in eine Gesellschaft m. b. H. Nunmehr erwarb es der Großindustrielle Scheimer Kommerzienrat Henschel, der es in den Dienst der Wohltätigkeit stellen will. Die „freien“ Gewerkschaften und der rote Volksblatt-Verlag müssen zum 1. Oktober das Gewerkschaftshaus räumen.

**Ein Arbeitsmonopol im Schuhmachergewerbe** erstreben die sozialdemokratisch organisierten Schuhmacher in Stuttgart. Dort sollten zwecks Erneuerung des Tarifvertrags die Verhandlungen mit den Arbeitgebern beginnen und laut entlichem Beschluß der Arbeitgeberorganisation beide am Orte bestehende Gehilfenorganisationen der Schuhmacher (christliche und sozialdemokratische) zugezogen werden. Da erklärten die sozialdemokratischen Vertreter vor Beginn der Verhandlungen kategorisch, im Beisein der christlichen Vertreter nicht zu verhandeln. Mit Recht wurde ihnen von den Arbeitgebern erwidert, daß dies entgegen der von den Sozialdemokraten angeblich vertretenen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sei; ferner wurde ihnen mit aller Deutlichkeit erklärt, daß man sich darauf unmöglich einlassen könne, da laut Zimmungsbeschlusse beide Organisationen bei den Verhandlungen vertreten sein sollten. Darauf verließen die Sozialdemokraten das Lokal und veranlaßten ihre Anhänger, die Kündigung einzureichen. — Es ist geradezu empörend, wie durch die Intoleranz und Herrschsucht sozialdemokratischer Führer die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten werden. Wohin würde die Entwicklung gehen, wenn keine christlichen Gewerkschaften da wären, die der sozialdemokratischen Gewaltpolitik wirksam entgegenzutreten könnten!

**Steuerreklamationen.** Die Steuerbehörden sind schon eifrig mit den Einschätzungen zur Einkommensteuer beschäftigt. Nur noch wenige Tage werden vergehen, bis die Einschätzungen den Steuerzahlern zugehen. Um den Arbeitern, Angestellten und Hauseigentümern zur wirksamen Vertretung gegen zu hohe Besteuerung geeigneter Material an die Hand zu geben, möchten wir verweisen auf das Schriftchen: „Das preussische Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891, seine wichtigsten Bestimmungen für Arbeiter, Angestellte und Hauseigentümer unter Berücksichtigung der Novellen vom 19. Juni 1906 und 26. Mai 1909.“ (W. Gladbach 1910, Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ G. m. b. H. Preis 30 Pf., postfrei 34 Pf. Durch jede Buchhandlung zu beziehen.) Dasselbe gibt eine übersichtliche Darstellung des hauptsächlichsten Inhalts des Gesetzes unter besonderer Betonung des für den Arbeiterstand Wesentlichsten. Speziell ist das Wesen des Bohnenentkommens und der Nebenbezüge dargestellt und dargelegt, was alles von dem Bohnenentkommen abgezogen werden kann, es sei nur hingewiesen auf die Abzüge bei auswärtiger Arbeit, für Kleiderverleiher, bei Ueberstunden, Mitarbeit der Frau und dgl. Auch das Einkommen und der zulässige Abzug bei Hausbesitz usw. ist gebührend berücksichtigt. Am dem Steuerzahler die Anfertigung einwandfreier Einsprüche, Verzufungen und sonstiger Eingaben in Steuerjahren zu ermöglichen, ist dem Völkchen eine Formulareammlung beigelegt!

**Wirtschaftliche Bewegung.**

Gesperert sind: Köln, die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurt. Baum aus Bonn, Köln, Zimmerer, Dorfmar (Streit der Mutter), Lage i. L. (Streit), Düsseldorf die Firma Jensen für Zimmerer, Berlin (Dachdecken) die Firma Ullrich, Adersf., Offen (Zylinderlöcher) Sparr über die Essener Baumaterialien, Berlin Lebensgesellschaft Lange u. Comp., Siegen, Zimmerer. Bezug ist fernzuhalten.

**Bezirk Köln.**

**Siegen.** (Zimmerer.) Die Zimmerer des Kreises Siegen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Vom Jahre 1907 bis 1910 bestand für die Zimmerer ein Tarifvertrag. Nach Ablauf desselben im vorigen Jahre ist es zu einer Erneuerung nicht gekommen. Als mit Vereinbarung der Bauarbeiterausperrung, wovon die Zimmerer nicht betroffen waren, die Löhne der Maurer erhöht wurden, verlangten auch die Zimmerer eine Aufbesserung ihrer Stundenlöhne. Alle Bemühungen unserer Verbandsleitung, den Vertrag der Maurer auch auf das Zimmerergewerbe auszudehnen, scheiterten an dem Widerstand der Zimmermeister. Diesem lehnten jede Verhandlung ab. Ein solcher Standpunkt ist um so unverständlich, wenn wir daran erinnern, daß uns bereits bei Abschluß des Vertrages im Jahre 1907 zugesichert wurde, daß die Löhne der Zimmerer in Zukunft denen der Maurer gleichgestellt werden sollten. Gegenwärtig ist der Lohn der Zimmerer 6/8 Pf. niedriger. Ein nochmaliges Schreiben an die einzelnen Zimmermeister beantwortete deren Beteiligung in dem Sinne, daß man die Löhne wohl gern erhöhen wolle, jedoch sollten sie zuerst die auswärtige Konkurrenz beseitigen. Selbstverständlich ist dies nur eine der bekannten Ausreden, um die Lohnforderungen, deren Berechtigung nicht bestritten werden kann, abzulehnen. Die Zimmerer haben sich mit dieser kläglichsten Verhandlung befaßt und inzwischen bei den Zimmermeistern Schiffsbaum und Gehrberg in Weidenau die Kündigung eingereicht. Bezug von Zimmerern nach dem Kreis Siegen ist bezahlbar streng fernzuhalten. Gelingt uns dies, dann werden sich unsere Zimmermeister halb entschließen müssen, die geforderten Lohnnachbesserungen zu bewilligen.

**Bezirk Paderborn.**

**Warburg.** Am 29. März fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, um zu dem Antragsbescheid der Unternnehmer betreffs der Wohnförderung Stellung zu nehmen. Der Bezirksleiter verlas zunächst das Schreiben der Unternnehmer. Die Unternnehmer lehnten jedwede Lohnaufbesserung direkt ab. Eine ausgiebige Diskussion fand statt und es wurde an der Wohnförderung festgehalten. Die Kollegen waren einverstanden, weil die Unternnehmer es nicht einmal der Mühe wert hielten, eine Verhandlung einzuleiten. Da nun aber die Arbeit noch nicht soweit vorgeschritten ist, wurde die Angelegenheit bis zu günstigerer Zeit zurückgestellt. Es wurde folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen:

Die am 29. März im Lokale des Herrn Bremer tagende Versammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter, Verwaltungsstelle Warburg, nimmt Kenntnis von dem Schiedsrichter der Arbeitgeber. Die Versammlung bedauert den direkt abzulehnenden Standpunkt der Arbeitgeber. Im verflochtenen Jahre sind überall durch den Dresdener Schiedspruch die Löhne der Bauarbeiter um 5-8 Pf. pro Stunde erhöht, weil die Kaufkraft des Geldes bedeutend gesunken ist. Dieses trifft für Warburg und Umgebung genau zu, ebenso wie in übrigen Teilen Deutschlands. Ferner kommt hinzu, daß die Maurer und Bauhilfsarbeiter im Winter wenig oder gar keine Arbeit haben. Die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter von Warburg und Umgebung erfordert dringend eine Aufbesserung, damit die Arbeiter ihren Anforderungen gerecht werden, welche Staat, Gemeinde und Familie an sie stellen. Die Versammlung kann unter diesen Umständen nicht auf die Forderung verzichten und erwartet von den Arbeitgebern, daß sie diese in gerechter Weise anerkennen. Die Versammlung beauftragt den Bezirksleiter und die Ortsverwaltung, zu gegebener Zeit für die Durchführung und Regelung der Lohnfrage zu sorgen. Die Versammlung erklärt sich jederzeit zu Verhandlungen bereit und erwartet von den Arbeitgebern, daß diesem Wunsche Rechnung getragen wird.

Kollegen von Warburg und Umgebung! Das Verhalten der Unternehmer ist dazu geeignet, auch die lauesten Kollegen aufzurütteln aus dem Schlafe. Vorwärts deshalb mit der Agitation, damit alle gewonnen werden, welche noch fernstehen, dann ist eine gute Durchführung der Bewegung gesichert. Den unverschuldeten Kollegen möchten wir den Rat geben, wenn möglich, schon jetzt ins Industriegebiet abzureisen, weil dort reichlich Arbeit vorhanden ist. Auf die Schanzen, es gilt unsere Lage zu verbessern.

### Erfolge der Frühjahrsagitation.

(Haus- und Wartenagitation, mitgeteilt vom 25. März bis 3. April).

- Nüßlein 26, Würzburg 22, Weiden 30, Anersmacher 8, Brambauer 10, Linden (Ruhe) 13, Gelfenhausen 26, Gele 6, Grocholub 7, Lappau 4, Solingen 17, Paderborn 14, Einbetten 25, Lingen (Ems) 55, Siegen 67, Lippstadt 13, Oberglogau 4, Delbe 5, Caternberg 6, Hildelshoven 9, Gladbeck 36, Georgenwerk 5, Rheda 3, Elberfeld 21, Wülfrath 17, Ronsdorf 12, Weibert 8, Danzig 28, Marktredwitz 4, Mülhausen i. G. 31, Colmar i. G. 5, Straßburg i. G. 11, Freiburg i. S. 7, Jöbenbüren 5, Fagen i. W. 40, Weil 23, Duisburg 35, Paderborn 36, Greven i. W. 3, Vresfath 5, Dülmen 9, Saarbrücken 16, Sittshausen 2, Queidersbach 1, Ingolstadt 10, Schwerin 10, Schilberg i. P. 10, Wazmen 8. (Dravo.)

### Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts für das deutsche Baugewerbe.

#### Entscheidung 81.

In Meiningen a. W. ist die nach dem Dresdener Schiedspruch vom 16. Juni 1910 vorgesehene Lohnhöhung allen Bauhilfsarbeitern, die am 16. Juni gearbeitet haben, von diesem Tage, den übrigen vom Tage der Arbeitsaufnahme an nachzusetzen.

**Gründe.** In Meiningen a. W. wo ein Vertrag für Bauhilfsarbeiter seit August 1909 bis zur Bewegung im Jahre 1910 bestanden hat, ist noch kein neuer Vertrag zustande gekommen. Die Arbeitgeber haben die in der Entscheidung I vom 16. Juni 1910 vorgesehene Lohnhöhung nicht gewährt. Der deutsche Bauarbeiterverband beantragt die Nachzahlung. Zur übrigen wird auf Entscheidung des Zentralschiedsgerichts Nr. 29 verwiesen.

#### Entscheidung 82.

Die Feststellung des Unterschieds zwischen dem Maurerlohn und dem Bauhilfsarbeiterlohn in Königsberg i. Pr. für die Zeit des alten Tarifvertrages (16. April 1908 bis 31. März 1910) im Sinne der Entscheidungen und Vereinbarungen vom 16. Juni 1910 wird an die zweite Instanz in Königsberg verwiesen.

**Gründe.** Bei den örtlichen Vertragsverhandlungen in Königsberg i. Pr. ist am 28. Juni 1910 strittig geblieben, wie groß der Unterschied zwischen dem Maurerlohn und dem Bauhilfsarbeiterlohn im Sinne der Entscheidungen und Vereinbarungen vom 16. Juni 1910 dort in der letzten Vertragsperiode von 1908 bis 1910 anzusehen ist. In der Sitzung der örtlichen Schlichtungskommission am 28. Juni 1910 haben die Parteien beschlossen, die zweite Instanz zur Entscheidung der obigen zwischen den Parteien strittigen Frage nicht anzugehen, sondern sofort das Zentralschiedsgericht anzurufen.

Es handelt sich hier um eine örtliche Ergänzung des Vertragsmusters, die durchgeführt werden muß. Nach der Entscheidung III vom 16. Juni 1910 muß hierüber, falls keine Vereinbarung zwischen den örtlichen Organisationen erzielt wird, die zweite Instanz endgültig entscheiden. Diese Bestimmung können die örtlichen Organisationen nicht abändern. Deswegen war die Sache an die zweite Instanz zu verweisen.

#### Entscheidung 83.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts Breslau 2. Instanz vom 29. Juni 1910 wird bestätigt.

**Gründe.** In Breslau, wo bislang die Maurer 55 Pf., die Kalk- und Ziegelträger 51 und 54 Pf., die Kalkhöcker 42 bis 43 Pf. und die übrigen Bauhilfsarbeiter 40 Pf. Lohn erhielten, ist es bei den örtlichen Verhandlungen strittig geblieben, ob dort die Entscheidung I, 3 vom 16. Juni anzuwenden und den Bauhilfsarbeitern eine besondere Lohnhöhung von 1 Pf. zu gewähren ist. Die Arbeiterorganisationen haben es gefordert, der Arbeitgeberverband hat es abgelehnt. Die zweite Instanz hat es am 29. Juni 1910 verneint. Auf Grund dieser Entscheidung haben die örtlichen Organisationen einen Ortsvertrag abgeschlossen. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat gegen die Entscheidung Berufung eingelegt und beantragt beim Zentralschiedsgericht, die Entscheidung aufzuheben und zu bestimmen, daß den Bauhilfsarbeitern vom 1. April 1911 1 Pf. besondere Zulage zu zahlen ist, wenn nur die mit 40 Pf. gelohnte Gruppe der Bauhilfsarbeiter gehöre zu den Bauhilfsarbeitern im Sinne der angezogenen Entscheidung I, 3. Die anderen, weniger zahlreichen Gruppen, seien Spezialarbeiter.

Die Entscheidung I, 3 fordert als Voraussetzung für die besondere Lohnhöhung, daß der Unterschied zwischen dem tariflichen Lohn der Maurer und dem tariflichen Höchstlohn der Bauhilfsarbeiter mehr als 13 Pfennige beträgt, und die Begründung fügt hierzu für Orte mit Durchschnittslohn, für Orte mit Staffellohnen und für Orte ohne Verträge eine zwischen den Parteien vereinbarte Ausführungsbestimmung hinzu. Im übrigen fordert der Ausbruch „tariflicher Höchstlohn“, daß an Orten, wo abgesehen von den genannten drei Fällen der Begründung verschiedene Löhne für Bauhilfsarbeiter bestehen, für die Berechnung des Unterschieds der höchste von ihnen benutzt werden soll. Es kann dahingestellt bleiben, ob an einem Orte, wo ein Sonderverbot sich aus den Bauhilfs-

arbeitern herausgebildet hat, dieser für die Differenzberechnung auszuscheiden hat. Denn ob dies wirklich der Fall ist, wird sich immer nur durch örtliche Prüfung entscheiden lassen. Für Breslau hat aber die zuständige zweite Instanz diese Frage eingehend geprüft und verneint. Ihre Entscheidung, die von den örtlichen Organisationen auch anerkannt ist, verstoßt nicht gegen die neuen Vertragsbestimmungen und ist im übrigen, da es sich um eine örtliche Angelegenheit handelt, endgültig.

#### Entscheidung 84.

Soweit Streitfragen, die mit dem Zustandekommen der Ortsverträge zusammenhängen, nicht dem Dresdener Schiedspruch nachweislich vorgelegen haben, sind sie in der Regel abzuweisen.

**Gründe.** Das Dresdener Schiedsgericht hat durch seine Entscheidung vom 16. Juni 1910 die Streitfragen über tägliche Arbeitszeit und Stundenlohn für alle Vertragsgebiete geregelt, war aber, wie die Begründung zu III ausführt, außer Stande, auch die übrigen ihm vorliegenden Streitfragen über den Vertragsinhalt zu regeln. Es hat diese daher an die örtlichen Organisationen oder zur endgültigen Entscheidung an die zweite Instanz zurückverwiesen. Wo die örtlichen Verhandlungen vor dem 13. Juni abgeschlossen und dementsprechend die strittigen Punkte formuliert und dem Dresdener Schiedsgericht vorgelegt waren, ist die Sachlage jenseitig klar. Mit solchen Streitfragen wird sich das Zentralschiedsgericht in der Regel nur befassen, soweit dies in seiner Entscheidung Nr. 7 vorgehoren ist. Nachträgliche Streitfragen aus solchen Gebieten wird das Zentralschiedsgericht daher in der Regel zurückverweisen, soweit nicht seine Entscheidung Nr. 7 dem entgegensteht. Es geht nicht an, daß von neuem durch Anträge Streitfragen aufgeworfen werden, weil sonst die Erledigung des Vertragsabschlusses sich auf unabsehbare Zeit verschieben würde.

#### Entscheidung 85.

Die Frage des Vertragsabschlusses zwischen dem Arbeitgeberverband und der örtlichen Organisation des Deutschen Bauarbeiterverbandes für die Orte Leimen, Sandhausen und Redargmünd wird an die zweite Instanz zu Pforzheim zurückverwiesen.

**Gründe.** Für die Orte Leimen, Sandhausen und Redargmünd, wo vor 1910 kein Tarifvertrag bestand, ist noch kein Vertrag zustande gekommen. Der Arbeitgeberverband Heilbronn wünscht die Einbeziehung in den Heilbronger Vertrag, aber mit abweichenden Lohnsätzen. Die örtliche Organisation des Deutschen Bauarbeiterverbandes will der Einbeziehung zustimmen, wenn für dies einheitliche Wirtschaftsgebiet dieselben Löhne festgesetzt werden. Die zweite Instanz hat am 20. Juli 1910 zu Pforzheim entschieden, daß für diese Orte auf Grund örtlicher Verhandlungen ein besonderer Vertrag abzuschließen ist. Dies ist nicht geschehen. Der Arbeitgeberverband lehnt nun den Vertragsabschluß ab, weil in diesen drei Orten im Frühjahr 1910 keine Bewegung gewesen sei, also nach der Entscheidung IV, 3 keine Abshlußpflicht bestehe. Die Arbeiterorganisation will diese Tatsache nicht zugeben.

Das Zentralschiedsgericht war nicht in der Lage, hierüber ein Urteil zu gewinnen. Die Sache mußte somit an die zweite Instanz zurückverwiesen werden, die über die Tatfrage, ob eine Bewegung stattgefunden hat oder nicht, Ermittlungen anzustellen haben wird. Je nach dem Ergebnis ist entweder die Weigerung des Arbeitgeberverbandes gerechtfertigt oder unzulässig. Im letzteren Falle ist er gehalten, dem Pforzheimer Schiedspruch vom 20. Juli 1910 nachzukommen.

#### Entscheidung 86.

Die verschiedenen Vertragsgebiete in Mecklenburg sind abzugrenzen und, soweit keine Vereinbarung der Parteien zustande kommt, durch die zweite Instanz endgültig festzusetzen. Dagegen können Änderungen in den Lohnsätzen, auch soweit sie hiermit zusammenhängen, nur durch Vereinbarung der örtlichen Organisationen, aber nicht durch die zweite Instanz bewirkt werden.

**Gründe.** Bei den örtlichen Vertragsverhandlungen in Mecklenburg ist zwischen den Parteien vereinbart worden, Festlegung der Lohngebiete zunächst auszuschalten und der nachträglichen Vereinbarung vorzubehalten. Bei dieser Abgrenzung sind nur grundsätzliche Schwierigkeiten entstanden. Der Arbeitgeberverband will an der alten Einteilung festhalten, wonach die größeren Städte mit je 4 Kilometern Umkreis und die mittleren Städte mit je 6 Kilometern Umkreis je ein besonderes Lohngebiet bilden und der Rest als sogenanntes freies Lohngebiet offen bleibt; dabei will er Nachbarstädte mit gleichen Lohnsätzen und übereinstimmenden Vertragsbestimmungen möglichst in ein gemeinsames Lohngebiet zusammenfassen. Die Arbeiterorganisationen fordern die völlige Aufteilung der beiden Mecklenburg nebst angegliederten anderen Gebietsanteilen in einzelne Lohngebiete.

Die Abgrenzung der Bezirke für die örtlichen Verträge soll nach der Entscheidung IV vom 16. Juni 1910 durch Vereinbarung der beteiligten Organisationen erfolgen, und falls diese nicht zustande kommt, nach den Bezirken der jüngsten Verhandlungen. Diese Verhandlungsbezirke selbst fielen, soweit sie nicht durch Vereinbarungen zu Anfang Juni 1910 festgelegt wurden, mit den Bezirken der alten Verträge zusammen. Eine klare Abgrenzung der verschiedenen Lohngebiete, sei es durch eine Karte, sei es durch namentliche Umschreibung, ist im Interesse der Vertragsdurchführung erforderlich. Sie ist ebenso wie die hierbei kaum umgänglichen Verschiebungen zwischen einzelnen Lohngebieten durch Vereinbarung der Parteien vorzunehmen. Kommt irgendwo keine Vereinbarung zustande, so hat gemäß Entscheidung des Zentralschiedsgerichts Nr. 33 die zweite Instanz endgültig zu entscheiden, da es sich hierbei um nötige Ergänzungen des Vertragsmusters handelt. Dagegen sind Veränderungen im Lohnsatz, sei es durch Abtrennung eines Ortes von einem höher gelohnten Gebiete, sei es durch Zufügung zu einem solchen Gebiete nur mit gegenseitiger Vereinbarung der Parteien möglich, nicht aber durch Schiedspruch der zweiten Instanz, weil die nötige Lohnhöhung durch die Entscheidungen am 11. Juni 1910 geregelt ist.

#### Entscheidung 87.

Die Ansetzung gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts Mecklenburg, betreffend Vergütung für den Wegfall der Bezahlung nicht geleisteter Arbeitsstunden an den Sonnabenden wird zurückgewiesen.

**Gründe.** In Mecklenburg war bisher an den Tagen vor Ostern und Pfingsten eine Stunde, an Tage vor Weihnachten eine halbe Stunde früher Arbeitslohn, wobei für diese eine oder eine halbe Stunde der Lohn gezahlt wurde. Der Arbeitgeberverband hat bei den Vertragsverhandlungen im Frühjahr 1910 die Beseitigung dieses Herkommens gewünscht. Die örtliche Organisation des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat ihre Verbeibehaltung oder eine Lohnhöhung von 1 Pf. pro Stunde gefordert. Die zweite Instanz hat als Einigungsamt am 22. August vorgeschlagen, die Bezahlung dieser nichtgearbeiteten Stunden bis zum 15. April 1913 fortzusetzen. Die anwesenden Parteivertreter erklärten sich hiermit einverstanden, die Generalversammlung der Bauarbeiterorganisation hat ihre Zustimmung verweigert. Das Schiedsgericht hat am 26. August 1910 entschieden, die Bezahlung dieser nicht gearbeiteten Stunden noch bis zum 1. Januar 1912 weiter beizubehalten und von da an die Bezahlung wegzulassen. Diese Entscheidung steht mit den Vertragsbestimmungen nicht im Widerspruch. Sie ist von Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmt, um den Übergang für die Arbeiter leichter zu gestalten. Die Zuständigkeit des Schiedsgerichts ist nach der Entscheidung Nr. 33 des Zentralschiedsgerichts gegeben. In einer Aufhebung des Schiedspruchs liegt jenseitig kein Anlaß vor.

#### Entscheidung 88.

Die zweite Instanz ist für alle Orte dieser Vertragsgebiete zuständig, die zwischen den Parteien vereinbart sind. Ob Vertragsgebiete die politischen Abgrenzungen einhalten, ist unerheblich.

**Gründe.** In Mecklenburg sind zwischen den Orts- und Bezirksorganisationen beider Parteien die Vertragsgebiete so abgegrenzt worden, daß einige nicht mecklenburgische Orte zum Mecklenburger Vertragsgebiete gehören und umgekehrt. Die Organisationen der Nachbarverbände sind hiermit einverstanden. Die zweite Instanz in Rostock hat Bedenken wegen ihrer Zuständigkeit für solche nicht mecklenburgische Orte. Der Deutsche Arbeitgeberverband beantragt hierüber eine grundsätzliche Entscheidung.

Vertragsgebiete werden herkömmlich und zweckmäßigerweise nach der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit der betreffenden Orte zusammengefaßt; von dieser Regel geht auch die Entscheidung vom 16. Juni 1910 aus. Politische Grenzen sind hierbei nicht maßgebend, weil der Inhalt der Verträge sich nur auf wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten erstreckt. Die Tarifinstanzen bestehen kraft Vereinbarung der Vertragsparteien; von diesen Vereinbarungen allein hängt ihre Zuständigkeit ab. Ob hierbei die politischen Grenzen eingehalten oder gelegentlich überschritten werden, ist unerheblich.

#### Entscheidung 89.

Für einen Ort, der am 1. Dezember 1905 weniger als 5000 Einwohner hatte, ist während der Vertragsdauer nur eine Lohnhöhung von 4 Pfennig vorgeschrieben, es sei denn, daß dieser Ort bereits nach seinem letzten Tarifvertrag zum Vertragsgebiet eines größeren Ortes gehört hat.

**Gründe.** Der Geltungsbereich des Vertragsgebiets Pölitz umfaßt 24 Ortschaften, deren jede einzelne weniger als 5000 Einwohner hat. Die örtliche Organisation des Deutschen Bauarbeiterverbandes fordert in allen 24 Orten eine Lohnhöhung von 5 Pfennig, weil diese Orte zusammen ein Vertragsgebiet bilden, das mehr als 5000 Einwohner zähle. Der Arbeitgeberverband will nur 4 Pfennig gewähren. In der Entscheidung I vom 16. Juni 1910 heißt es:

„In Orten, die nach der letzten Volkszählung (1905) weniger als 5000 Einwohner hatten, werden die tariflichen Löhne um 4 Pfennig erhöht; gehören solche Orte nach ihrem letzten Tarifvertrag zum Vertragsgebiet eines größeren Ortes, so tritt auch bei ihnen eine Lohnhöhung von 5 Pfennig ein.“

Danach wird zwischen „Vertragsgebiet“ und „Ort“ unterschieden. Der einzelne Ort muß am 1. Dezember 1905 mehr als 5000 Einwohner gehabt haben, wenn die 5 Pfennig Lohnhöhung für ihn gelten soll.

Die Ausnahme ist für die Bezirke von Großstädten usw. vorgesehen.

#### Entscheidung 90.

Die Entscheidung der Frage, ob in Königsberg i. Pr. den Arbeitern für die Verkürzung der Arbeitszeit ein Lohnausgleich zu gewähren ist, wird an die zweite Instanz in Königsberg i. Pr. zurückverwiesen.

**Gründe.** Die örtlichen Parteien sind sich in Königsberg i. Pr. darüber einig, daß die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt werden soll. Die Arbeitgeber lehnen jede Lohnhöhung hierfür ab, während die Arbeiter einen Lohnausgleich für die Stunde fordern.

Das als zweite Instanz angerufene Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Königsberg i. Pr. hat in der Sitzung vom 11. Juni 1910 dahin entschieden, „daß die angegebenen Differenzpunkte nicht zur Verhandlung vor das Einigungsamt gestellt werden dürfen, da sie teilweise erst nach Abschluß der Verhandlungen vom 9. Juni 1910 geltend gemacht und teilweise durch den Dresdener Schiedspruch vom 16. Juni 1910 geregelt sind“. Beide Parteien sind darauf übereingekommen, die Sache dem Zentralschiedsgericht zur Entscheidung zu unterbreiten; die Arbeitgeber sind aber gleichwohl der Ansicht, daß die Entscheidung der zweiten Instanz nach dem Dresdener Schiedspruch endgültig sei.

Durch die von den Schiedsrichtern unterschrieben anerkannte Begründung vom 16. Juni 1910 unter II in Abs. 5 ist die Regelung der wöchentlichen Arbeitszeit und die Verkürzung der Arbeitszeit an einzelnen Wochentagen ausdrücklich den örtlichen Vereinbarungen überlassen, die nötigenfalls gemäß der Entscheidung des Zentralschiedsgerichts Nr. 33 durch die vorgesehenen zweiten Instanzen zu erledigen sind. Durch Vereinbarung der örtlichen Parteien kann aber diese Zuständigkeit der zweiten Instanz nicht geändert noch eine Zuständigkeit des Zentralschiedsgerichts an deren Stelle neu begründet werden.

#### Entscheidung 91.

Außer den in § 4 Abs. 3 des Vertragsmusters angegebenen Bestimmungen für den Begriff des Junggefelles können ergänzende Bestimmungen nicht verlangt werden.

**Gründe.** In Mecklenburg ist bei einigen örtlichen Verhandlungen zwischen den Parteien kein Einverständnis über den Begriff des Junggefelles erzielt worden. Man ist sich darüber einig, daß im Interesse des Nachwuchses im Gewerbe der Begriff des Junggefelles nur auf jemand anzuwenden ist, der seine Lehrzeit regelrecht beendet hat. Strittig ist, ob er nachher nur dann als Junggefelles angesehen werden soll, wenn er bei seinem Lehrmeister in Arbeit bleibt, oder ob diese Einschränkung nicht zu machen ist. Die Organisation der Zimmerer vertritt die erstere Ansicht und weist auf den entsprechenden, aus der Zukunft überkommenen, in einzelnen Teilen Norddeutschlands noch bestehenden Brauch hin. Die Arbeitgeber lehnen die Einschränkung ab.

Nach § 4 Abs. 3 des Vertragsmusters werden für den Begriff des Junggefelles, für den ein geringerer Lohn vereinbart werden kann, drei Bestimmungen gegeben. Danach gilt jemand nur dann als Junggefelles, wenn er erstens eine dreijährige Lehrzeit durchgemacht hat, zweitens eine Gefellenprüfung bestanden hat und drittens noch in den beiden ersten Jahren nach dieser Zeit steht. Weitere Einschränkungen sind nicht vorgesehen. Der Antrag der Zimmererorganisation geht jenseitig über das Vertragsmuster hinaus und bedeutet eine Ergänzung zu ihm, die gemäß der Entscheidung des Zentralschiedsgerichts Nr. 33 zwischen den örtlichen Organisationen vereinbart, aber nicht einseitig verlangt werden kann.

#### Entscheidung 92.

Die Forderung des Arbeitgeberverbandes Mecklenburgs Mindestgrenzen der Löhne für das erste und zweite Junggefellensjahr für ganz Mecklenburg festzusetzen, wird abgelehnt.

**Gründe.** In Mecklenburg ist in einzelnen Ortsverträgen zwischen den örtlichen Organisationen eine Vereinbarung über die Höhe des Junggefellenslohns erzielt worden. Die Arbeitgeber wünschen eine solche Vereinbarung, wonach für das erste und für das zweite Junggefellensjahr ein bestimmter Lohn festgesetzt wird, für ganz Mecklenburg. Die Arbeiterorganisationen lehnen sie ab.

Nach § 4 Abs. 3 des Vertragsmusters ist es der Vereinbarung zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und dem einzelnen Junggefellens überlassen, einen geringeren Lohn als den normalen festzusetzen. Durch die Vereinbarung 4 vom 16. Juni 1910 ist es ausdrücklich als zulässig bezeichnet worden, daß die örtlichen Organisationen beider Parteien im vornehmlich bestimmten Mindestgrenzen für die Löhne der Junggefelles in ihrem Bezirk vereinbaren, an welche die einzelnen Arbeitgeber und Junggefelles nachher gebunden sein sollen. Wo indessen diese Vereinbarung zwischen den Organisationen nicht zustande kommt, kann sie gemäß der Entscheidung des Zentralschiedsgerichts Nr. 33 nicht erzwungen werden.

Entscheidung 93.

Der Antrag, das Kalkwert Hugo aus dem Vertragsgebiet... Gründe. In dem Vertragsgebiet Mitten, Jiten, Bilm und... Nach der Entscheidung IV, 1 vom 16. Juli 1910 ist die... Entscheidung 94.

Entscheidung 94.

In Memmingen ist der Staffellohn für Maurer beizu-... Gründe. In Memmingen bestand bisher kein Vertrag... Entscheidung 95.

Entscheidung 95.

Bisher gezahltes Wegegeld ist beizubehalten, solange... Gründe. Für Mühlhausen bestand bisher ein Zimmerer-... Entscheidung 96.

Entscheidung 96.

Die Streitfrage über die Lohnform für Brandenburg a. S... Gründe. In Brandenburg a. S. ist noch kein Ortsvertrag... Entscheidung 97.

Entscheidung 97.

Die Streitfrage über die Lohnform für Greiz wird an... Gründe. In Greiz ist noch kein Ortsvertrag zustande... Entscheidung 98.

Entscheidung 98.

Die Unternehmer in St. Ingbert (Pfalz) haben sich... Gründe. Ein in dem pfälzischen Städtchen St. Ingbert... Entscheidung 99.

Entscheidung 99.

Stolzenhagen-Kragwied gehört zum Stettiner Vertrags-... Gründe. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe... Entscheidung 100.

Entscheidung 100.

Der Abschluß eines Vertrags für Speyer kann von den... Gründe. In Speyer hat seit 1909 für die örtliche Organi-... Jahresberichte der Bezirke.

Entscheidung 97.

Die Streitfrage über die Lohnform für Greiz wird an... Gründe. In Greiz ist noch kein Ortsvertrag zustande... Entscheidung 98.

Entscheidung 98.

Die Unternehmer in St. Ingbert (Pfalz) haben sich... Gründe. Ein in dem pfälzischen Städtchen St. Ingbert... Entscheidung 99.

Entscheidung 99.

Stolzenhagen-Kragwied gehört zum Stettiner Vertrags-... Gründe. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe... Entscheidung 100.

Entscheidung 100.

Der Abschluß eines Vertrags für Speyer kann von den... Gründe. In Speyer hat seit 1909 für die örtliche Organi-... Jahresberichte der Bezirke.

Jahresberichte der Bezirke.

Bezirk Soham.

Unsere Vermutung, die wir im letzten Jahresbericht... Das Gewitter hat bekanntlich neun Wochen, zu teilweise... Den sozialen Wahlen haben unsere Mitglieder, wie überhaupt...

ist dank der straffen Organisation der Bauarbeiter und des... Das Resultat der Ausperrung ist bekannt, und braucht... Das Monstrum von Vertragsmuster, welches der Arbeit-... Auch wurde für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsar-... Die in der rheinisch-westfälischen Dachdeckermeistervereini-... In großmütiger Weise gewährten die Herren Unternehmern... Die Lohnbewegung im Plattenlegergewerbe ist auf fried-... Die Ausperrung dauerte 13 Wochen und wurde durch... Laut Vertrag hat eine Erhöhung des Stundenlohnes von... Die Gehilfenschaft hat es den Herren Unternehmern aller-... Auf das Resultat der Bewegung haben wir in ausführ-... Hervorheben wollen wir aber auch, daß in manchen Orten,...

Die in der rheinisch-westfälischen Dachdeckermeistervereini-... In großmütiger Weise gewährten die Herren Unternehmern... Die Lohnbewegung im Plattenlegergewerbe ist auf fried-... Die Ausperrung dauerte 13 Wochen und wurde durch... Laut Vertrag hat eine Erhöhung des Stundenlohnes von... Die Gehilfenschaft hat es den Herren Unternehmern aller-... Auf das Resultat der Bewegung haben wir in ausführ-... Hervorheben wollen wir aber auch, daß in manchen Orten,...

Hervorheben wollen wir aber auch, daß in manchen Orten,... Die Gehilfenschaft hat es den Herren Unternehmern aller-... Auf das Resultat der Bewegung haben wir in ausführ-... Hervorheben wollen wir aber auch, daß in manchen Orten,...

Die Gehilfenschaft hat es den Herren Unternehmern aller-... Auf das Resultat der Bewegung haben wir in ausführ-... Hervorheben wollen wir aber auch, daß in manchen Orten,...

Auf das Resultat der Bewegung haben wir in ausführ-... Hervorheben wollen wir aber auch, daß in manchen Orten,...

Hervorheben wollen wir aber auch, daß in manchen Orten,...

Den sozialen Wahlen haben unsere Mitglieder, wie überhaupt... Die Gehilfenschaft hat es den Herren Unternehmern aller-...

brachte. Erstreckt wurde war im großen ganzen ihre Mühe nicht vergebens und konnten sie mit geringen Ausnahmen die von uns aufgestellten Kandidaten zum Siege verhelfen.

Die Tätigkeit der Bezirksleiter wurde im verfloffenen Jahre durch die vielen Lohnbewegungen und den damit zusammenhängenden Sitzungen und Verhandlungen außerordentlich in Anspruch genommen. Der Kollege Koch war durch die Zugehörigkeit zu der engeren Verhandlungskommission häufig wochenlang außerhalb des Bezirkes tätig; ebenso nahmen die Verhandlungen für die Spezialberufe, die Dachdecker und Pflegeteiler viele Zeit in Anspruch.

Außergewöhnlich zahlreich war auch der schriftliche Verkehr. Hier galt es Informationen zu geben, Aufklärung zu schaffen, Beschwerden zu prüfen, Angriffe, besonders irreführende Behauptungen, des Arbeitgeberverbandes zurückzuweisen. Um letzteres zu ermöglichen, mußte auch die Presse recht häufig in Anspruch genommen und in einer Reihe öffentlicher Versammlungen Aufklärung geschaffen werden.

Alles in allem genommen, war das Jahr 1910 ein Jahr der Arbeit und des Kampfes, mit Begleiterleistungen, wie man solche vorher nicht gekannt hat. Trotzdem haben sich die Kollegen unseres Bezirkes als kampfesüchtiger und opferwilliger erwiesen. Müde auch in Zukunft unter unseren Mitgliedern stets ein frischer, überzeugter und opferwilliger Organisationsgeist vorherrschen, damit wir die Erfolge der letzten Lohnbewegungen voll und ganz ausnützen können, und im Jahre 1913 wieder geküßt dastehen.

Die Baukonjunktur wird, nach den vorliegenden Berichten, auch im Jahre 1911 eine gute werden. Besonders zahlreich scheint die Bautätigkeit in den neuen industriellen Gebieten zu werden. So berichtet z. B. die Firma Köppers, daß sie in unserm Bezirke allein 1497 Holzbohlen zur Ausführung in Bestellung habe. Außerdem werden eine große Zahl Kolonialhäuser gebaut. Auch die Privatbautätigkeit wird sich bedeutend heben, und eine Reihe Bauten öffentlichen Charakters werden zur Ausführung gelangen.

Mithin ist Aussicht auf Arbeit und Verdienst in unserm Bezirke genügend vorhanden und daher ein bedeutender Zugang von Berufskollegen schon in der allernächsten Zeit zu erwarten.

Mögen unsere Mitglieder nun auch dafür sorgen, daß wir unsere Organisation in dem Geschäftsjahre 1911 einen gewaltigen Aufwärtsschritt machen.

Betreiben wir die Agitation mit Hochdruck, fördern wir das Baubelegtenwerden, legen wir großen Wert auf die Hausagitation, sorgen wir stets für einen regen Besammlungsbesuch, kurz, betätigen wir uns so, wie es dem Ernst der Zeit entspricht und Charakteristen, aufgetriebenen Männern geziemend, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Wochum, Wiemelhäuser Straße 13.  
Wilhelm Koch, Theodor Häuschen.

Bezirk München.

Das Jahr 1910 hat auf gewerkschaftlichem Gebiete, insbesondere für die deutsche Bauarbeiterchaft, Momente hochgradiger Spannung und Zeiten schwerer Kämpfe, wie sie vorher nie gekannt wurden, deren Ausgang für die Bauarbeiter große Erfolge, materiell wie ideell, brachte; im industriellen und finanzwirtschaftlichen Leben brachte dasselbe gegenüber seinem Vorgänger eine sich günstig nach aufwärts bewegende Kurve. Anders war es mit der Landwirtschaft, die infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse teilweise ein Mißjahr hatte. Nach den amtlichen Berichten ergaben die Ernteverhältnisse in den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern und Schwaben (die hauptsächlich den Bezirk München bilden) im Jahre 1910: 6 278 153 Doppelzentner Brotgetreide gegenüber 7 606 622 Doppelzentner im Jahre 1909, was zweifelsohne auf das gewerbliche Leben für viele Orte Südbayerns eine nachteilige Wirkung ausgeübt hat und sehr wahrscheinlich noch tun wird. Die Bedeutung und der Einfluß der Landwirtschaft für den gewerblichen Wirtschaftsmarkt in die Teile Südbayerns wird am besten durch die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1907 dargestellt. Dasselbe ergab

Table with 3 columns: für, eine Gesamtbevölkerung von, davon entfallen auf der Landwirtschaft. Rows for Oberbayern, Niederbayern, Schwaben, Summa, das Königreich.

Somit entfallen auf die drei angeführten Regierungsbezirke 44 Prozent der Bevölkerung und 46,3 Prozent der land- und forstwirtschaftstreibenden (auf die Gruppe „Forstwirtschaft“ entfällt kaum 1/2 Prozent) Bevölkerung vom Königreich. Rechnet man bei Oberbayern die Einwohnerzahl von München (533 253), die nur zu 1 Prozent Landwirtschaft betreibt, ab, so gewinnt der agrarische Charakter des südlichen Bayerns noch ganz bedeutend.

Zu Beginn der Bauzeit war im allgemeinen ein ungemein buntes Bild mit wenig Klarheit vorhanden. Zurückhaltung der projektirten Bauobjekte, ein heißes Sehnen nach Verwirklichung der Tarifvorlage des „Bundes“ in weiten Bauarbeiterkreisen und allseitige Spannung ob der kommenden Dinge infolge der androhten und in die Tat umgesetzten Scharfmaßnahmen, zwecks Verhinderung grundsätzlicher, die Bauarbeiterchaft ganz empfindlich schädigender Tarifvertragsänderungen, waren allgemein im ersten Halbjahre 1910 bis Signale der südbayerischen Bauwelt.

Die Bautätigkeit war während des ganzen Jahres schlecht in Passau, Burghausen, Lindau und Kempten. In Kaufbeuren, Ingolstadt, Nibiburg und im Starnberger Gebiet war dieselbe mittelmäßig.

München hatte eine ausgezeichnete Baukonjunktur, die wohl vor Beginn der Aussperrung sich einigermaßen zurückhaltend zeigte, aber nachdem sich eine größere Anzahl Unternehmer nicht daran beteiligte, schon unter der Aussperrung einen ziemlich auffälligen Aufschwung nahm. Nach den Berichten der Sozialbaukommission sind in München im Jahre 1910: 321 Gebäude, darunter 315 Wohngebäude mit 2454 Wohnungen neu gebaut, 166 Gebäude, wovon 161 Wohngebäude mit 296 Wohnungen sind, umgebaut, 74 Anwesen abgebrochen worden.

In Augsburg war die Bautätigkeit, die Zeit der Aussperrung ausgenommen, ebenfalls eine gute. Im Jahre 1910 sind dalebst 120 Gebäude, darunter 7 Fabrikgebäude, 7 Werkstattgebäude und 18 Lagerhäuser neu entstanden. Außerdem sind 58 Um- und Aufbauten und 201 Baueänderungen vorgekommen. Die Zahl der neuerstandenen Wohnungen beträgt 432. Außer den Hochbauten waren infolge großer Wasserüberflutungen umfangreiche Flußbaukorrekturen am Bede notwendig geworden, die jetzt noch eine geraume Zeit zur Fertigstellung in Anspruch nehmen. Der gute Beschäftigungsgrad wird außerdem durch die Statistik der Ortskrankenkassen für das Baugewerbe Augsburg bestätigt. Danach betrug die Zahl der Erkrankten (Wahlmitglieder) einschließlich der Erwerbsunfähigen am:

Table with 7 columns: 1. April, 1. Mai, 1. Juni, 1. Juli, 1. Okt., 31. Dez. Rows for (Hoch)Baugewerbe I and (Tief)Baugewerbe II.

Die Erkrankten weisen am 1. Mai und 1. Juni (die Zeit der Aussperrung) nach Abzug der Erwerbsunfähigen eine Minderung von 932 resp. 690 gegenüber den Zahlen vom 1. April 1910 beim Hochbaugewerbe auf, die auf das Konto des Aussperrungs„eifers“ zu buchen sind.

In Regensburg war die Bautätigkeit in den ersten Monaten eine sehr rege. Mit Beginn der Aussperrung ging dieselbe plötzlich zurück und lebte auch nach Beendigung derselben nicht wieder auf, sondern gestaltete sich immer unglücklicher. Dies wird außerdem bestätigt durch die Zahl der versicherten Pflichtmitglieder in der Regensburger Ortskrankenkasse I (Baugewerbe), die einschließlich der Erwerbsunfähigen in folgenden Zeitschnitten betrug am:

Table with 7 columns: 1. April, 1. Mai, 1. Juni, 1. Juli, 1. Okt., 31. Dez. Rows for 1910 and 1909.

Die verminderten Zahlen der Erkrankten, abzüglich der Erwerbsunfähigen, betragen am 1. Mai: 708 und am 1. Juni: 848 im Vergleich zu denen vom 1. April 1910, die wie in Augsburg Zeugnisse der Aussperrung sind.

Auf dem flachen Lande war die Bautätigkeit sehr verfallen. Dasselbe hat sich in der Nähe mehrerer Aussperrungsgebiete im Verlaufe der Aussperrung gut entwickelt. Nach der Erntezeit hat dieselbe auch da, wo sie günstig war, vielfach sehr stark nachgelassen. Hier spielten die eingangs erwähnten schlechten Ernteverhältnisse mit.

Die bis jetzt geschilderten Situationsberichte vom Baunarkt lassen uns schwer erkennen, daß in den meisten Orten, wo unsere Organisation bestand, die Unternehmer organisiert waren und schon frühzeitig rüsteten zum „verheißungsvollen“ Akt der Aussperrung. Aber trotz dieser deutlich erkennbaren Tatsache und der meilich hörbaren Klänge der Kriegsanfänge des „Bundes“ und dessen Verbänden vor der Aussperrung gab es noch Kollegen, die das alles als Einschüchterungsversuche zu kennzeichnen liebten und die Aussperrung als nicht kommend hinstellten. Der 15. April 1910 hat allerdings diesbezüglich, die so mühten, eines anderen Befehrs und ihre Meinungen als Trugschlüsse entblüht.

Von der Aussperrung sind wir im Bezirk München in den Orten Augsburg, Bad Nibling, Braunenburg, Zimmernstadt, Ingolstadt, Kaufbeuren, Kempten, Lindau, Memmingen, München, Passau, Oberaudorf, Naudling, Regensburg, Rosenheim und Starnberg betroffen worden.

Besonders straff war dieselbe in Augsburg, Regensburg, in dem Starnberger und dem Rosenheimer Gebiet durchgeführt. In beiden ersteren Orten verspürte man ziemlich deutlich die Materialsperrung. Allorts waren „überreife“ Unternehmerkreise tätig, sämtliche Bundesanordnungen (Bearbeiten der Tagespresse mittels fetter, die Öffentlichkeit irreführender Inzerate, strikte Durchführung der Materialsperrung usw.), wenn auch öfters mit mehr Eifer als Geschick, zur Ausführung zu bringen, deren Ausgang aber doch nicht den erträumten Unternehmerrfolg brachten.

Die Zahl der ausgesperrten Mitglieder im Bezirk betrug in der ersten Aussperrungswoche 493. Davon bekam alsbald ein Teil anderweitige Beschäftigung, so daß sich die Zahl der zu unterliegenden Kollegen wesentlich verringerte. Dasselbe erhöhte sich wiederum gegen Ende der Aussperrung, was seine Ursache darin hat, daß in mehreren Orten ausgesperrte Kollegen, die selbständig Bauarbeiten übernommen hatten, mit denselben anfangs Juni fertig waren und weitere Arbeiten

angefichts der nahe bevorstehenden „Einkung“ nicht mehr übernahmen, auch teilweise nicht mehr übernehmen konnten, weil die Unternehmer ihre Bauauftraggeber ebenfalls auf in die Nähe gerückten Friedensschluß verdrängten. Aus nachstehender Tabelle ist die Zahl der unterliegenden Mitglieder und die Höhe der Gesamtausgaben, nach Wochen ausgegliedert, zu ersehen.

Table with 5 main columns: In der Zeit, Streikunterstützung für, Sonstige Ausgaben, Gesamt-Ausgaben. Sub-columns for Zahl, Tage, M, F, S, M, F, S.

Von den 1298,21 M „Sonstige Ausgaben“ entfallen auf: Reiseunterstützung abgereister Ausgederter, Fortschaffung Zugereister und für Fernhaltung des Zuges 156,93 M; für Flugblätter und Annoncen 185,43 M; für Porto und Schreibmaterial 87,57 M und für Streikleitung, Tarifverhandlungen usw. 868,28 M.

In vorstehender Aufstellung sind nicht inbegriffen die 939,10 M, die unsere ausgesperrten Kollegen in München, Regensburg, Ingolstadt und Passau während der Karenzzeit als Unterstützung von den Ortskrankenkassen oder sonstigen unbefreundeten Korporationen erhalten haben.

Die Ausgaben für Ueberwachung der Aussperrungsgebiete und Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden seitens der Bezirksleitung betragen für Fahrgehalt und Speise 1166,85 M. Der Verlust an Arbeitstagen beträgt für die Kollegen, die von der Aussperrung betroffen worden sind, 13 134 Tage, der hierdurch bedingte Lohnausfall beziffert sich auf 58 170,39 M. Beide Zahlen entspringen dem Umstand, daß sämtliche Arbeitstage, die in die Zeit der Aussperrung fallen, für jeden ausgesperrten Kol... in Anrechnung kamen.

Ueber das Baugeschäft Christophel in Schleißheim wurde seitens unserer Kollegen die Sperre verhängt, und zwar wegen Maßregelung unserer Vertrauensleute. Die Sperre wurde aufgehoben, nachdem Christophel sich bereit erklärte, auf Grund der Vorschläge der Unparteiischen vom 31. Mai 1910, mit unserer Organisation einen Tarifvertrag abzuschließen. Ueber die Höhe des Grundlohnes besteht noch Differenz, die demnächst zum Austrag kommen wird.

Mit dem Bauunternehmer Scherer-Gunzenhausen, der im Frühjahr 1910 in Schleißheim Wohnbauten für die Egl. Verkehrsverwaltung ausführte, wurde eine Vereinbarung getroffen, daß der Stundenlohn der Bauhilfsarbeiter von 37 auf 42 Pf. erhöht wurde. Auch haben wir bei der gleichen Firma und der gleichen Arbeit bewirkt, daß der § 10 der allgemeinen Vertragsbedingungen (Ausführung staatlicher Arbeiten und Vorfahrungen für Bauzwecke betreffend), wonach die inländischen und von diesen hauptsächlich die am Ort der Ausführung oder in dessen Nähe wohnenden Arbeiter zu verwenden sind, Anwendung gefunden hat.

In Augsburg war bei dem Zimmermeister Fern-Bachhausen eine Pfahlsperre notwendig, um die tarifliche Anerkennung herbeizuführen. Mitte Oktober ist bei den Bachhausen in Langweid (Augsburg) eine Hausperre wegen Lohnhöhenunterschieden verhängt worden, die durch Vermittlung der Egl. Obersten Baubehörde behoben wurde.

Die im Berichtsjahre mit einem Tarifvertrag zum Abschluß gebrachten Lohnbewegungen und die hierbei erzielten Erfolge spiegeln sich in folgender Tabelle wider:

Table titled 'Arbeitszeit und Lohnverhältnisse'. Columns include Tarifgebiet, Die tägliche Arbeitszeit, Der Stundenlohn, Die tägliche Arbeitszeit betragt, and columns for 1910-1912 for Maurer, Zimmerer, and Bauhilfsarbeiter.

Sämtliche im Berichtsjahre abgeschlossenen Tarifverträge basieren auf der Grundlage der Vorschläge der Unparteiischen und enden mit dem 31. März 1913.

Für die Lohngebiete Kempten, Lindau, Zimmernstadt, Memmingen und für die Maurer in Kaufbeuren kam bekanntlich wenige Tage vor Fällen des Dresdner Schiedspruches eine Einkung zustande, wobei im allgemeinen die Lohnsätze entsprechend den Sätzen im Dresdner Schiedspruch festgelegt sind. Führende Arbeitgeberkreise im Bezirk haben deshalb wiederholt der Meinung Ausdruck gegeben, das Dresdner Schiedsgericht habe vorstehende Einkung als Grundlage zu dem Schiedspruch genommen. Wir anderen vermögen dies nicht ganz anzuerkennen.

Für alle übrigen Lohngebiete sind die Tarifvertragsabschlüsse auf Grund des Dresdner Schiedspruches getätigt worden. Außer den im Schiedspruch vorgesehene Lohnsteigerungen gab es für nachstehende Gebiete Lohnausgleiche bzw. -umrechnungen:

In Augsburg haben bei den Verhandlungen die Unternehmer für das Jahr 1910 einen Pfennig über den Schiedspruch zugestanden, und zwar aus der Erwägung heraus, sich angeichts der bevorstehenden guten Konjunktur einen Stamm guter Arbeiter zu sichern.

In Erding und Freising war nicht ausgehört. Nach Bekanntwerden der Vorschläge der Unparteiischen haben die Unternehmer in beiden Orten jedenfalls angenommen, der Inhalt derselben biete auch für sie Vorteile, die sie bislang nicht. Um derselben teilhaftig zu werden, stellten sie an den südbayerischen Bezirksverband den Antrag, bei den allgemeinen Verhandlungen auch beteiligt zu sein. Der „Südbayerische“ gab diesem Verlangen statt, trotzdem beide Orte seinen Anordnungen bezüglich der Aussperrung keinerlei Folge leisteten und „Streikbrecher“ machten, und verlangte von den Arbeitervertretern, diesem Antrage beizutreten. Als dieselben dem nicht stattgeben wollten, drohte der Arbeitgeberverband mit der Aussperrung in beiden Gebieten. Sodann haben die

Vertreter der Bauarbeiterverbände dem Einbeziehen der Orte Erding und Freising zugestimmt, aber nicht aus Furcht vor dem Kommen der androhten Aussperrung, sondern mehr aus der Erwägung heraus, dem südbayerischen Arbeitgeberverbande bzw. dessen Vertreter ein großes Meis in dem ziemlich verwirkelten Siegeskranz zu sichern. Als jedoch das Resultat des Dresdner Schiedspruches bei der Lohnbemessung für die Bauarbeiter in Erding und Freising ebenfalls zur Anwendung kam, sahen sich die betr. Unternehmer in ihren vermeintlichen Hoffnungen getäuscht, und damit begann auch das bereits erwähnte Meis vollends zu verwirklichen.

Bei den Verhandlungen für die Zimmerer Freisings konnten sich die Arbeitgebervertreter nicht fogleich bereit erklären, den verlangten Lohnausgleich von 2 Pf. zu bewilligen, sondern wollten die Beschlussfassung hierüber einer Vollversammlung überlassen. Deren Resultat sollte gemäß einer Vereinbarung durch den Arbeitgeberkreislager Bergmüller gleichzeitig unserer Organisation und dem Zimmererverbände mitgeteilt werden. Bei dieser Gelegenheit hat Bergmüller wiederum seine alte Liebe zu den sozialdemokratischen Verbänden betonen, indem derselbe den Beschluß der Zimmermeister Freisings, der ablehnend lautete, nur dem Gauleiter des sozialdemokratischen Zimmererverbandes mitteilte. Ob dies auf ausdrücklichen Wunsch desselben geschah, darüber herrscht bis jetzt Dunkel. Das ohne unser Wissen angesehene Einkungssamt hat, wie es nicht anders zu erwarten war, zugunsten der Zimmerer entschieden. Bei der ganzen Affäre bleibt dem sozialdemokratischen Zimmererverband das zweifelhafte Verdienst, mit Unternehmerhilfe einen „Sieg“ über die Christlichen errungen zu haben. In den Augen anständiger Menschen, auch wenn sie Gegner sind, richtet sich ein solches Gebaren von selbst.

In Kaufbeuren haben die Unternehmer bei den Verhandlungen in Kempten für die Bauhilfsarbeiter 3 Pf. Lohnsteigerung für die ganze Vertragsperiode zugestanden, die aber von den dortigen Bauhilfsarbeitern vor dem Fällen des Dresdner Schiedspruches abgelehnt worden ist. Derselben verlangten

Wozuf eine Lohnsteigerung analog den Sätzen im Dresdner Schiedspruch, die wiederum von den Unternehmern verweigert wurde. Nun liegt die ganze Angelegenheit dem Zentralschiedsgericht zur Entscheidung vor.

Bei den alten Tarifverträgen waren in Jugoßstadt für bestimmte Stadtteile die 9/10stündige Arbeitszeit und für das Starnberger Gebiet allgemein die 9/10stündige Arbeitszeit bei zehnstündiger Lohnzahlung vorgesehen.

In Regensburg war seit Jahren die 9/10stündige Arbeitszeit bei zehnstündiger Lohnzahlung eingeführt. Dies ist ebenfalls abgelehnt, und beträgt die Umrechnung laut Schiedspruch des Einigungsamtes für Maurer und Zimmerer 4 1/2 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 4 Pf. pro Stunde.

Außerdem fanden für die Zimmerer in Augsburg, Rosenheim und Oberaudorf (in beiden letzteren Orten auf Vorschlag des Gewerberichters von Rosenheim) die betreffenden Unternehmern einen Lohnausgleich von 3 bzw. 3 Pf. pro Stunde zu den Sätzen des Dresdner Schiedspruches zu.

Mit den abgeschlossenen Tarifverträgen sind im Bezirk München für 971 Kollegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Für dieselben betragen die Lohnverhältnisse für 1910 (zu 120 Arbeitstagen gerechnet): 23 314 M., für 1911: 100 308 M. und für 1912: 144 016 M. (1911 und 1912 sind je mit 240 Arbeitstagen berechnet). Somit beträgt die Lohnsteigerung für sämtliche Kollegen während der ganzen Vertragsperiode: 267 638 M., oder für einen Kollegen durchschnittlich 275,63 M. Außerdem ist bekanntlich für München ab 1. April 1911 die 9/10stündige Arbeitszeit an Stelle der 10stündigen festgelegt.

Für wahr, daß sich Erfolge, bei denen sich jeder sagen muß, die sind die Opfer wert, welche die Ausperrung an uns stellte.

Die Ausperrung und die deswegen für unseren Verband notwendig gewordenen Maßnahmen zu vollführen, nahmen im ersten Halbjahre alle im Bezirk zur Agitation verwendbaren Kräfte weg, so daß für 1910, entgegen anderen Jahren, die für uns günstigste Zeit der Agitation verloren ging.

Im dritten Quartal war es in verschiedenen Orten notwendig geworden, die durch die Ausperrung ins Wanken gekommene Kassenführung wieder in Ordnung zu bringen, was zusammen ebenfalls mehrere Wochen Arbeit für den Bezirksleiter machte.

Vorlesendes ist dahin zu summieren, daß eigentliche Agitation seitens der Bezirksleitung im Berichtsjahre so gut wie keine getrieben werden konnte. Die örtlichen Faktoren ließen bezüglich der Agitation und Weiterverbreitung des Organisationsgedankens an manchen Orten ebenfalls zu wünschen übrig. Und so erscheint es erklärlich, daß wir nicht so vorwärtsgekommen sind, wie es zweckdienlich und möglich gewesen wäre.

Der Beschluß unserer 6. Verbands-Generalversammlung, daß die nicht von der Ausperrung betroffenen Mitglieder während der Dauer derselben Zuschlagsbeiträge zu leisten haben, hatte zur Folge, daß hauptsächlich in Orten, wo wir seit Bestehen der Zählstelle noch keinen Kampf hatten, jedoch mittels Einflusses unseres Verbandes die Stundenlöhne in den letzten Jahren um 10 und 12 Pf. erhöht haben, nicht weniger als 50 bis 70 Prozent der Mitglieder vom Verbandsausgetreten sind. Rottenburg hat sich dieserhalb ganz aufgelöst. Firmwahr, das sind Dokumente, die denjenigen, der die Gefahr, die der berufliche Bauarbeiter durch die Ausperrung drohte, nur einigermaßen erkannte, nicht besonders freudig stimmen. Aber damit darf der Hoffnungsstrahl noch keineswegs erlöschen, als ob diese Kleinmütigen und Zweifler nicht wieder zu gewinnen wären. Es muß mit unsrer Aufgabe sein, die so Veranlagten von ihrer berechtigten Sparsamkeit abzulenken, und sie unserer Organisation wiederzuführen.

Im Berichtsjahre haben wir mit unserem Verbands in Bad Müling, Strammberg, Geisenhausen, Dießen, Landskron, Pfarrkirchen und Neuburg a. D. Eingang gefunden. Die Zählstellen in Albenbach, Landskron und Pfarrkirchen waren von sehr kurzer Dauer, indem sich dieselben bald nach der Errichtung wieder auflösten. Den gleichen Weg gingen: Altmünster, Lauingen und Rottenburg.

Die Mitgliederzahl betrug 1910 im 1. Quartal 1061, 2. Quartal 946, 3. Quartal 1043 und im 4. Quartal 1065 gegenüber 987 im 4. Quartal 1909.

Nach den im Bezirkssekretariat eingelaufenen Quartalsabrechnungen war für 1910 der Markensatz folgendermaßen:

Table with columns: Quartal, Eintragsmarken, Arbeitslohnmarken, Beitragsmarken (30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 85 Pfennige)

Table with columns: Quartal, Zuschlagsmarken (10, 20, 30, 40, 50, 60, 70, 100, 10 Pfennige), Extrabeitrag (35, 55 Pf.), Lokal-Fonds (10, 20 Pfennige), Bezirks- (100 Pf.)

Ca. 1375-7327-2869-1782-96191174 42 9 22 151 5768-2034 15

Die Einnahme aus den umgesetzten Marken beträgt: für Eintrittsmarken 358 M., für wöchentliche Beiträge 19 261,75 M., für Extrabeiträge 35,75 M., für Zuschlagsbeiträge 4554,60 M. und für Lokal-Fonds- und Bezirksmarken 100 M., in Summa 25 212,70 M.

Die Ausgaben für die Hauptkasse belaufen sich: für Streit- und Aufregungsunterstützung 18 552,51 M., für Rechtschutz 30,85 M., für Krankenunterstützung 632,40 M., für Sterbeunterstützung 372,10 M. und für Agitation und Sonstiges 1322,06 M., in Summa 20 539,92 M.

Für das Jahr 1911 ist eine weitere fortschreitende Gewerkschaftsmarkensatz zu erwarten, und wie es den Anschein hat, ist in den meisten größeren Orten eine gute Baukonjunktur in Aussicht.

Auf dem flachen Lande ist ebenfalls manch größeres Bauobjekt geplant. Ebenso ist zu erwarten, daß sich dies Jahr ruhiger abwickelt, so daß uns mehr Gelegenheit zur Agitation und zum Ausbau unseres Verbandes bleibt.

Allen Kollegen Dank, die in der Vergangenheit an der Förderung unseres Verbandes tatkräftig mitgewirkt haben. Noch bleibt viel zu tun übrig. Tausende von Bauarbeitern im Bezirk sind noch unorganisiert, die bestehenden Ortsgruppen sind weiter auszubauen, die bereits gewonnenen Mitglieder müssen noch mehr gefestigt werden. Also Verbotsabkündigung tut not auf allen Gebieten. Neben dieser Erkenntnis muß das Handeln aller, besonders derjenigen Kollegen, die wohl Verbandsbeiträge erstritten, aber sonst keinerlei Verbandspflichten erfüllen, gewandringende Taten für die hohen, hehren Ziele des christlichen Bauarbeiterverbandes zu vollbringen, Platz greifen. Nicht nur

wollen, sondern auch tun, muß die Lösung aller Kollegen sein. Auch dürfen die Daten im vorliegenden Bericht nicht „Erinnerung“, sondern müssen Rechenschaft sein; deren Bilanz: „Rückwärts blickend, Vorwärts schauen“ ergibt, Kämpfe ringsum. Darum mühen wir die Zeit, sie kehrt nicht mehr zurück.

München, im März 1911.

Hans Brückner.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 9. April, der sechste Wochenbeitrag fällig ist.

Stuttgarter.

Duisburg. Am 18. und 19. d. Mts. fand in Mühlheim an der Ruhr, Duisburg, Meiderich und Hamborn je eine Stukkateurversammlung statt, welche sich durchweg eines guten Besuchs erfreuten. In den Versammlungen, außer Duisburg, referierte Kollege Häuscher über „Die Entwicklung des Stuck- und Putzgewerbes“. Aus dem Vortrage ist hervorzuheben, daß der Stukkateurberuf von den verschiedenen Stiltarten sehr abhängig ist und bei dem heutigen Augenblick mal kaum untercheiden könne, ob es Putz- oder Stuckarbeiten sind. In manchen Städten führe heute der Stukkateur nur noch die komplizierten Arbeiten (verzierte Decken usw.) aus. Durch die heutige Entwicklung des Gewerbes habe sich der Putzberuf immer mehr hervor, müsse folglich mehr Beachtung von unserer Seite finden. Allmählich versuche man auch die Löhne der beiden Berufe mehr in Einklang zu bringen und die Differenzen mehr auszugleichen. Auch sympathisiere das Unternehmertum heute mehr denn je mit den Putzern. Daß es heute in Deutschland noch 8000 unorganisierte Stukkateure gebe, die ihrer Weltanschauung nach zu unserer Organisation gehören, denn der Sozi gehöre auch stets seiner Berufsorganisation an, ergebe daher die Notwendigkeit, in eine rege Agitation einzutreten, damit auch der letzte unserem Verbands zugeführt werde. Auch in unserer Verwaltungsstelle gibt es noch manche... Stukkateur, der bis heute es nicht für notwendig halte, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen. Nachdem gab Kollege Häuscher noch einen Rückblick auf die im Jahre 1910 geführten Kämpfe und Erfolge, besonders günstig haben die Stukkateure und Putzer nach Weimigung der großen Bauarbeiterausperrung abgesehen. Die Erfolge der Organisation für die Stukkateure sind großartig, wie sie kein Beruf in den letzten Jahren aufweisen könne, der letzte unorganisierte müsse herangeholt werden, damit dieselben ebenfalls Opfer bringen, wenn sie an den Erfolgen teilnehmen wollen. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Von einigen Kollegen wurde alsdann mitgeteilt, daß der Gauleiter Radtke vom roten Stukkateurverband in der letzten Zeit die Baustellen in Meiderich und Hamborn abbaue und versuche, unsere Kollegen zum Uebertritt zu bewegen; er könne gar nicht verstehen, wie man sich christlich organisieren könne, die christliche Organisation halte es doch stets mit dem Unternehmertum und vertrete deren Interessen. Wenn dieser Wertverbesserer uns den Nachweis liefern möchte, so würde es ihm ergehen, wie in so vielen Fällen, er könnte seine Lügen nicht bewahren. Auch soll der christliche Verband kein Geld haben, um die Interessen der Stukkateure und Putzer mit Nachdruck dem Unternehmertum gegenüber vertreten zu können. Der Herr vergibt aber stets dabei zu betonen, daß der rote Stukkateurverband deshalb keine Schuß mehr habe, weil er von den Sammelgebern bei der großen Ausperrung des Baugewerbes 125 000 M. erhalten hat, anderenfalls wären nach den Abrechnungen noch 8000 M. Schulden zu bezahlen. So sieht es beim roten Stukkateurverband aus, mag er sich die Nummer 7 der „Baugewerkschaft“ einmal ansehen, dort wird ihm so viel Schmutz und Unrat im eigenen Verbands nachgewiesen, daß er sich um andere gar nicht zu kümmern hätte. Auch zählt man im roten Stukkateurverband keinen Wochenbeitrag von 90 Pf., sondern von 70 Pf., man setzt sich vollständig über das Verbandsstatut hinweg, man glaubte wohl Mitgliederzahl damit treiben zu können, doch bis heute gelang dies nicht, trotz der größten Anstrengungen. Gern möchten wir sehen, wie es aussehen würde im roten Verband, wenn er seinem Statut nach einen Wochenbeitrag von 1,05 M. unseren Verhältnissen entsprechend erheben würde, dann würden ihm wie dem betäubten Lohgerber alle Felle weg-schwimmen. Wir können es begreifen, daß in Meiderich und Hamborn alle Anstrengungen gemacht werden, um Boden zu gewinnen; man schreit vor den schärfsten Mitteln nicht zurück. Doch das eine mag sich der Herr gesagt sein lassen, die Meidericher und Hamborner Stukkateure und Putzer lassen sich von ihm nicht fördern, das nichtsichtige Spiel, das er in Mühlheim (Ruhr) betrieben hat, ist noch allzufrüh in Erinnerung. Die in unserem Verbands organisierten Stukkateure und Putzer wissen, was unser Verband im letzten Jahre für sie geleistet hat, sie werden nach wie vor, trotz der größten Hindernisse von jener Seite, daran festhalten. Die richtige Antwort auf das Gebären jenes Herrn muß lauten: Mann für Mann müssen wir in der Agitation tätig sein, damit der letzte Stukkateur und Putzer unserem Verbands zugeführt wird. Bis zur nächsten Versammlung muß der letzte gewonnen sein.

Zimmerer.

Danzig. Die am 8. März stattgefundene Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich nochmals eingehend mit der vom Hauptvorstand beschlossenen Verlegung des Kollegen Müller nach Posen. Die Kollegen vertreten den Standpunkt, daß sie nur unter der Bedingung den Lokalforschlag zahlen wollen, wenn Kollege Müller in Danzig bleibt und ihm zur Unterstützung noch ein Kollege zur Seite gestellt werde. Kollege Deuster klärte die Mitglieder dahin auf, daß ihr Standpunkt nicht richtig sei. Der Zentralvorstand beabsichtige mit der Verlegung des Kollegen Müller keine Benachteiligung der Verwaltungsstelle Danzig, im Gegenteil die Kollegen von Danzig und Umgegend sind durch den Beschluß des Hauptvorstandes im Vorteil. 1. Zahle die Zentrale für den freigestellten Beamten einen Zuschuß und ist auch nicht abgeneigt diesen Zuschuß auch dann zu zahlen, wenn das Bedürfnis es erfordert einen zweiten Beamten anzustellen. 2. Kollege Müller war Bezirksleiter und mußte infolge dessen längere Zeit von Danzig fern bleiben, die Kollegen hatten so- mit öfters keine Vertretung. Dieser Zustand ist mit der jetzt erfolgten Anstellung beseitigt, indem jeberzeit ein Vertreter am Orte ist. Nach diesen Ausführungen gaben sich die Mitglieder zufrieden, worauf Kollege Kemke einen Antrag stellte, 100 M. aus der Lokalkasse zur Anschaffung von Bureaumöbel und Utensilien zur Verfügung zu stellen. Es erfolgte einstimmige Annahme. Die Arbeitslosenunterstützung-Kasse ist diesen Winter den Kollegen sehr zusetzen gekommen. Es waren 31 Mitglieder arbeitslos. Ausgezahlt wurden an Unterstützung 594 M. Bestand blieb 50 M. Das Flugblatt der Genossen, welches den Hungerstreik der Tapezierer behandelt, wurde einer gründlichen Kritik unterzogen und die Handlungsweise der „Genossen“ in großer Stimmenmehrheit angenommen. Antrag ging dahin, 4 Karten à 10 Pf., zur Stärkung der Arbeitslosenkasse, zu Heben. — Bei einer Bauentbesprechung, der auf dem Bau der

Firma Grabdorf beschäftigten Bauarbeiter, ist es dem Eingreifen des Kollegen Müller zu verdanken, daß wir neben den Vertrauensmann der Freien, auch einen Vertrauensmann stellen. — Nachdem der Kollege Deuster die Delegierten aufbereitete, ihre Baudelegiertenkarten abzuholen, und nochmals ermahnte, eifrig und mit Nachdruck die Agitation zu betreiben, wurde um 9 1/2 Uhr die interessante Versammlung geschlossen.

Maurer.

Amerz. St. Anton. Zu Sonntag, den 26. März, waren die hiesigen Bauhandwerker einer Einladung gefolgt zwecks Gründung einer Zählstelle. Die Vorarbeiten hierzu waren bereits im Januar getroffen worden. Die meisten Kollegen arbeiten in Wülfen, Herten und M. Glabbach. In den Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzender Jos. Scherer, als Kassierer Lorenz Müller, als Schriftführer Konrad Scherren, als Hauskassierer Jos. Münten. Der gute Geist der Kollegen bürgt dafür, daß innerhalb weniger Wochen der letzte Kollege der Organisation angeschlossen ist.

Bären. Allmählich bringt auch hier der Organisationsgedanke in die Herzen der Arbeiter. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind sehr mangelhaft. Auf den Zementwerken werden Tagelöhne von 2,50 M. gezahlt, noch schlechter sind die Verhältnisse auf dem Sägewerk, und im Baugewerbe befindet der beliebte Mobus, daß die Unternehmer im Winter die Löhne um 5-6 Pf. pro Stunde kürzen und im Sommer wieder etwas mehr zahlen. Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden. Durch die lange Arbeitszeit muß der Lohnausfall wieder eingeträcht werden. Solche Zustände sind tieftraurig. Um hier helfend eingzugreifen, wurde seitens der Holzarbeiter und Bauarbeiter eine öffentliche Versammlung am 5. März einberufen. Gewerkschaftssekretär Werner (Haderborn) hielt einen guten Vortrag mit Erfolg, so daß sich eine Anzahl Arbeiter aufnahmen ließ in die verschiedenen Verbände. Es wurden Zählstellen errichtet für die Holzarbeiter, für die Fabrikarbeiter und auch für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter. ... In den Kollegen des Baugewerbes muß es nun liegen, die Gedanken weiterzutragen unter alle Kollegen, welche als Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter aus der Umgegend nach Bären zur Arbeit kommen, damit diese Kollegen gewonnen werden. Darum hinein in den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, damit auch in Bären bessere Verhältnisse eingeführt werden können.

Enniger. Am 26. März fand eine Mitgliederversammlung statt, zu welcher Bezirksleiter Kollege Werner erschienen war. Die Mitglieder waren ziemlich vollständig angetreten. Kollege Werner hielt einen gut durchdachten Vortrag über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Ausgehend von der großen Ausperrung 1910 und deren Folgen für die Bauarbeiter, schilderte Kollege die Bestrebungen der Bauunternehmer, welche darauf hingingen, den baugewerblichen Arbeitern diese Vorteile zu entreißen. Die Schaffung eines Wehrschutzes seitens der Unternehmer gibt allen Arbeitern des Baugewerbes die Möglichkeit, nach welcher in der nächsten Zeit gearbeitet werden muß. Unermüdete Agitation muß jetzt eintreten, damit wir alle Kollegen für uns gewinnen. Die Worte des Kollegen Werner fielen auf guten Boden. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen. Da alle Kollegen im Lohngebiet Bedum arbeiten, wurde darauf hingewiesen, daß eine Lohnverhöhung am 1. April eintreten muß und wo diese nicht eintritt, sofort die Schlichtungskommission zu benachrichtigen ist, damit die Sache keine Verzögerung erleidet. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, die Agitation scharf vorzunehmen, wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Fulda. (Jahresbericht.) Am Sonntag, den 12. März, hielt die Verwaltungsstelle Fulda ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung: Geschäftsb. und Kassenericht und Vorstandswahl. Kollege Stahl gab einen ausführlichen Bericht vom Jahre 1910. Das Jahr 1910 war sehr arbeitsreich, hauptsächlich infolge der großen Bewegung im Bauberuf, zumal viele von hier abwandernde Bauarbeiter sich durch die Ausperrung gezwungen sahen, in die Heimat zurückzukehren, so daß deren Vertretung von Fulda aus geschehen mußte. Obwohl die Ausperrung laut Beschluß der hiesigen Unternehmer auch in Fulda durchgeführt werden sollte, wurden nur 43 Kollegen davon betroffen, die Mehrzahl konnte weiter in Arbeit bleiben unter der bekannten Klausel. Somit hatte immerhin die Mehrzahl der hiesigen Kollegen nicht den Verlust an Arbeitslohn als die Ausgesperrten, demzufolge hätte der Opferstimm ein besserer sein müssen, da auch der Erfolg für Fulda wohl zu beachten ist, wenn er auch den Verhältnissen entsprechend ein besserer hätte sein dürfen. Auch wurde neben der Bewegung im Baugewerbe für die hiesigen Steinbauer im Grabsteingewerbe eine Lohnverhöhung von 7 Pf. pro Stunde erzielt, so daß deren Minimallohn jetzt auf 45 Pf. pro Stunde festgelegt ist. In den bestehenden drei Geschäften war der Lohn zu ungleichmäßig, eine Firma zahlte 38 Pf., eine andere 40 Pf. und die dritte 42 und 44 Pf. pro Stunde. Nach mehrmaligen Vorfestlegungen wurde der Lohn dann einheitlich auf 45 Pf. pro Stunde festgelegt. Leider trat nach der Lohnverhöhung wieder eine Anzahl aus dem Verbands aus. Auch wurde eine Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne im vergangenen Jahre nach der allgemeinen Revision vorgenommen, so daß er für den Kreis Fulda-Land für erwachsene Arbeiter auf 2,50 M. gegen vorher von 1,80 M., und im Kreis Hünfeld auf 2,20 M. gegen 1,60 M., sowie im Kreise Gerfeld ebenfalls auf 2,20 M. ab 1. Juli 1911 festgelegt ist. Auf die Bautätigkeit, die eine allgemein geringe war, ist schon im Bezirksbericht hingewiesen worden, was sich somit hier erübrigt; auch über das Verhältnis der Presse hat der Bezirksleiter berichtet. War schon am Anfang des Jahres die Tätigkeit eine rege, so erreichte sie doch ihren Höhepunkt während der Ausperrung, wo 19 Kontroll- und Auszahlungstellen in fünf Landkreisen errichtet und bedient werden mußten, ohne Fulda. Im ganzen wurden an Unterstützungen an die Kollegen 28 052,50 M. gezahlt. Mit den Zuschußkosten beträgt die Summe 28 593,07 M. An Einnahmen hatte die Verwaltungsstelle im Berichtsjahr für die Zentrale zu bezeichnen 5315,76 M. an Wochenbeiträgen, 1844,90 M. an Zuschlagsbeiträgen. An Bezirksbeiträgen wurden 260,50 M. eingenommen. Die Einnahmen der Lokalkasse mit Kassenbestand von 1909 beliefen sich auf 1696,01 M., dem eine Ausgabe von 1325,64 M. gegenüberstand, so daß am 1. Januar 1911 noch 370,37 M. Lokalkassenbestand vorhanden war. Gesamteinnahme 9117,17 M. Für Kranken- und Sterbeunterstützung wurden 692,05 M. an die Mitglieder gezahlt und 36,45 M. an zwei Mitglieder für Rechtschutz. 80 Versammlungen, 11 Besprechungen, 4 Hausagitationen und 7 Sigungen wurden für das Baugewerbe, 11 Versammlungen in anderen Berufen und 6 Versammlungen in konfessionellen Vereinen, 2 Versammlungen und 10 Sigungen im Kartell und 6 Sigungen im sozialen Ausschuss abgehalten. Die Einladungen wurden alle fotografisch hergestellt, sechsmal für andere Berufe. Schriftsätze wurden 36 angefertigt, 3 Klagen am Gewerbegericht und eine Klage am Amtsgericht betreffs Zahlen von Arbeitslohn vertreten, welche mit Erfolg zu 45,84 M. endete. An Poststriefe, 220 Karten, 114 Drucksachen, 87 Pakete. Aus gingen 633 Telegramme, 39 Postanweisungen, 236 Briefe, 213 Karten, 538 Drucksachen, 18 Pakete, 703 Rollen „Baugewerkschaft“. In 12 Fällen mußte Straporto gezahlt werden. Nach der erfolgten Diskussion wurde einstimmig dem Kollegen Stahl Entlastung erteilt. Aus der vorgenommenen Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: Anton Röber als erster, Wilhelm Frank, Volksvereinssekretär, als zweiter Vorsitzender; Peter Stahl als erster, Karl Schäfer als zweiter Kassierer; Konrad

Storch als erster, Karl Händler als zweiter Schriftführer; Edward Händler (Peterberg) und Franz Hartmann (Goras) als Notizen. In einem kurzen Rückblick auf das Jahr 1910 dankte Kollege Stahl allen denen, die durch die Sammlungen die kämpfenden Bauarbeiter unterstützt haben, sowie allen Kollegen. Des weiteren ging er auf die Verhältnisse in Fulda und Gewinnung von Mitgliedern sowie Schulung derselben auf sozialem Gebiete näher ein, auch müsse die Frage, wie gehen wir mehr Mitarbeiter heran? besser behandelt und auch zur Geltung kommen. Ferner wurde der bestehende Tarif und dessen Durchführung besprochen und an alle Anwesenden der Appell gerichtet, für dessen Durchführung Sorge zu tragen, damit am 1. April die Lohnsteigerung von 2 Pf. gewährt wird. Hier ist es um so notwendiger, da eine Anzahl Arbeitgeber aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist. In diesem Jahre scheint die Bauindustrie eine bessere zu werden, und darum, Kollegen von Fulda, nutzen wir dies auch für uns aus und stärken unsere Reihen, um den Unternehmern, die sich vom Vertrag brüden wollen, die richtige Antwort geben zu können. Mit einem Hoch wurde die interessante Versammlung geschlossen.

**Gefcke.** Der Organisationsgedanke ist auch in Gefcke wieder erwacht. Es bestand schon eine Ortsgruppe unseres Verbandes in früherer Zeit. Im Jahre 1908 ging dieselbe ein, weil niemand Interesse mehr dafür hatte. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen waren geregelt bis zum Jahre 1910, und dieses gab den Kollegen den Anlaß, dem Verband den Rücken zu kehren. Dieses Verhalten war sehr töricht, und die Arbeiter des Baugewerbes haben es büßen müssen, denn vom Augenblick an, wo die Organisation einging, haben die Unternehmer die Löhne reduziert und die Arbeitszeit verlängert. Diese Verhältnisse bleiben bestehen auch nach dem Dresdener Schiedsspruch. Die Unternehmer schieben sich nicht daran, obwohl für Gefcke der Schiedsspruch Geltung hatte. Nun begannen die Kollegen daran zu denken, daß ohne Organisation nichts erreicht werden kann. Kollege Werner (Paderborn) und Kollege Kriebolte (Wippstadt) kamen im November vorigen Jahres, und es wurde versucht, die Organisation wieder einzuführen. Eine Anzahl Kollegen trat ein, und der Grund zur Organisation war gelegt. Es ließ sich aber bei der schlechten Bauindustrie im Winter nicht viel unternehmen. Am 2. Februar fand eine öffentliche Versammlung statt mit dem Erfolg, daß 16 Kollegen eintraten. Am 18. März in der Mitgliederversammlung ließen sich wieder einige Kollegen aufnehmen, so daß wir jetzt 20 Mitglieder haben. Es gilt nunmehr, auch die übrigen Kollegen heranzuziehen, damit wir am 1. April den tarifmäßigen Lohn erzwingen. Kollegen von Gefcke und Umgebung! Lange genug haben uns die Unternehmer ausgenutzt mit niedrigem Lohn und langer Arbeitszeit, vom Bauarbeiterchutz haben wir nichts gesehen. Soll dieses so bleiben? Nein! Darum müssen alle Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter sich organisieren, damit sie ihr Recht bekommen. Alle ohne Ausnahme hinein in den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

**Gymnich-Rölln.** Unsere Generalversammlung, welche am 19. März tagte, erfreute sich keines guten Besuchs. Es wurde auch von den anwesenden Kollegen sehr getadelt, daß es leider noch viele Kollegen gibt, die es nicht für notwendig halten, die Versammlungen zu besuchen, wohl aber keinen Weg scheuen, wenn es sich um Unterstützungen handelt. Dieses muß in Zukunft anders werden. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder in den Versammlungen ist unbedingt notwendig. Aus der Vorstandswahl, die dann vorgenommen wurde, gingen hervor: Mathias Berger als erster Vorsitzender; Joseph Steiner als erster und Heinrich Schaf als zweiter Kassierer; Joseph Schiefinger als Schriftführer; Franz Ruland und Peter Fuchs als Kassierrevisoren. Anton Schilf, Andreas Walrach, Franz Düster, Joseph Kothelner wurden zu Vordelegierten gewählt. Die gewählten Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, alles herauszusetzen, um die Verwaltungsstelle vorwärts zu bringen. Zum Schluß gab der erste Vorsitzende noch einen Rückblick auf das verfllossene Jahr und forderte die Kollegen auf, mehr wie bisher für unsere Organisation zu tun. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter geschlossen.

**Gosbach (Württemberg).** Die Verwaltungsstelle Gosbach hatte zu Sonntag, den 12. März nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Bauarbeiterversammlung nach Mühlhausen im Lokale „Zum Falken“ einberufen. Der Saal war von den Kollegen aus Mühlhausen und Umgebung gut besetzt. In das Bureau der Versammlung wurde der Vorstand der Verwaltungsstelle gewählt. Das Referat hatte Kollege Stud aus Stuttgart übernommen. Der Referent schilderte in einleitender Rede die Verhältnisse im Baugewerbe. Er warf einen Rückblick auf die vorjährige Aussperrung und wies den anwesenden Kollegen die Notwendigkeit der Organisation nach. Referent forderte die noch unorganisierten Kollegen auf, dem Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands beizutreten. Die Ausführungen des Referenten fanden allgemeinen Beifall. Zu der Diskussion ließen sich dann auch sofort 11 Kollegen aufnehmen. Den Posten des Kassierers von Mühlhausen übernahm der Kollege Schwarz. Die Versammlungen werden von jetzt ab abwechselnd in Mühlhausen und Gosbach abgehalten. Die Verwaltungsstelle Gosbach zählt jetzt 50 Mitglieder. Diese Zahl kann verdoppelt werden, wenn alle Kollegen ihre Pflicht tun und eifrig für ihre Organisation aglieren. Auch Jhr. Kollegen von Tale und Umgebung, die Jhr noch nicht in unseren Reihen seid, tretet unverzüglich ein in den Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands, damit eure Rechte gewahrt und geschützt werden!

**Groß-Zimmern.** Am Sonntag, den 19. März, fand unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Kollege Jorch gab den Jahresbericht. An die Verwaltungsstelle wurden abgeteilt 567,32 M. Die Einnahme für die Stellenliste betrug mit Kassenbestand von 1909: 54,98 M. Die Ausgaben der Stellenliste betragen 30,80 M, mithin bleibt ein Kassenbestand von 18,18 M. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Johannes Göbel als Vorsitzender, Georg Jorch als Kassierer und Adam Rudolph als Schriftführer; zu Revisoren wurden Joh. Schott und Heinrich Weber gewählt. Kollege S. forderte alle auf, auch in diesem Jahre wieder kräftig weiterzuarbeiten, damit immer neue Streiter dem christlichen Bauarbeiterverband zugeführt würden. Die Kollegen Johannes Göbel und Heinrich Weber melbten sich freiwillig, um am nächsten Sonntag eine Hausagitation vorzunehmen. Kollegen, nun auf zur Arbeit! Nur mit vereinter Kraft man vieles schafft.

**Konstanz a. B.** Am 16. März b. J. hielten die christlich organisierten Gipser mit den „frei“ Organisierten der Zahlreichen Konstanz gemeinsam eine Versammlung ab im Gasthaus zum silbernen Mond zwecks Stellung und Durchberatung eines in Väbe einzuleitenden Tarifvertrages. Der Versammlung, welche gut besucht war, wohnte auch unser Bezirksleiter Kollege Böttcher bei. Nachdem die einzelnen Punkte gründlich besprochen und von der Versammlung angenommen waren, ergriß Kollege Rott das Wort und forderte alle Anwesenden auf, treu und fest zusammenzuhaltten, um den Gipsern hier bald nach Einreichung dieses Vertrages die Bewilligung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

**Lünen.** Eine recht gute Bauindustrie herrscht in diesem Jahre im Bereiche unserer Zahlstelle. Namentlich die Arbeiter, die die Gewerkschaft „Victoria“ ausführen läßt, bedingen es, daß Hunderte von Bauarbeitern im kommenden Sommer hier Beschäftigung finden können. Der Zugang ist deshalb groß und wird sich im Laufe der nächsten Wochen noch steigern. Ohne Zweifel werden manche Unorganisierte es versuchen, sich in die Reihen der Organisierten einzuschleichen. Da ist es Ehren-

pflicht eines jeden christlich organisierten Kollegen, Unorganisierte über die Ziele und Aufgaben unserer Organisation aufzuklären. Um dieses zu können, muß jeder sich selbst schulen durch Versammlungsbesuch und eifriges Lesen der „Baugewerkschaft“. Aus diesem Grunde fand am Sonntag, den 12. März, im Verbandslokale eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Kollege F. Koch (Wochum), der ebenfalls zu dieser Versammlung erschienen war, schilderte in seiner Rede die Aufgaben der Organisation, insbesondere legte er klar, wie der Arbeitgeberbund sich rühte zum Tarifabschluß im Jahre 1913, wie er besonders durch hohe Beiträge sich einen Kampffonds schaffen wolle, wie manche Ortsgruppen sogar beschloffen hätten, höhere Beiträge zu zahlen, als sie zu zahlen verpflichtet seien, nur um möglichst bald den Kampffonds auf die gewünschte Höhe zu bringen. Deshalb sei es ebenfalls unsere heiligste Pflicht, die Klassenverhältnisse unseres Verbandes weiter auszubauen. Es sei besser, ein Opfer in Gestalt einer Beitragserhöhung von 5 Pf. pro Woche zu bringen, als später größere Opfer in Gestalt von Lohnverlängerungen. Nach Beendigung des Vortrages stellte der Vorsitzende denselben zur Diskussion. Daburch aber, daß sich niemand gegen die Beitragserhöhung äußerte, wurde bewiesen, daß alle Kollegen mit den Ausführungen des Kollegen Koch einverstanden waren. Zu behauern ist nur, daß der Versammlungsbesuch ein so mangelhafter war. Er gilt bei vielen unserer Kollegen als überflüssige Sache. Das zeigt sich am allerbesten dadurch, daß viele Kollegen schon seit der Aussperrung nicht mehr in der Versammlung waren. Es wird da dann meistens gesagt: „In der Versammlung wird nichts geboten“. Jeder einzelne muß dazu beitragen, daß die Versammlungen interessant gestaltet werden. Mit dem Beiträgepaß ist es allein nicht gut. Die Kollegen sind gerade hier in Lünen so manchen Angriffen von der Gegenpartei ausgesetzt, daburch aber, daß sie sich selbst nicht genug schulen, kommt es, daß sie sich den gewöhnlichsten Angriffen gegenüber nicht wehren können. Hoffen wir, daß diese Zeiten die Kollegen etwas mehr zum Nachdenken bringen, und daß in Zukunft unserer Sache etwas mehr Interesse entgegengebracht wird, zum Blühen und Gedeihen unserer Zahlstelle und des gesamten Verbandes.

**Lüdingen.** Am 25. März wurde hier eine Agitationsversammlung abgehalten, zu welcher alle Kollegen des Baugewerbes eingeladen waren. Der Bezirksleiter Kollege Werner hielt einen guten Vortrag über unsere nächsten Aufgaben. Hinweisend auf die Kriegsrückstellungen der Unternehmer im Baugewerbe, sei es unbedingt notwendig, daß alle Arbeiter des Baugewerbes sich zusammenschließen müssen. Desgleichen sei es unerlässliche Pflicht der christlichen Arbeiter, sich der christlichen Organisation anzuschließen, um so die Uebergriffe der sozialdemokratischen Gewerkschaften zurückzuweisen. Der Vortrag hinterließ eine gute Wirkung, denn es ließen sich 10 bis 15 Kollegen aufnehmen. Des weiteren wurde noch erwähnt, daß am 1. April eine Lohnsteigerung von 4 Pf. für Lüdingen eintreten muß. Es ist genau darauf zu achten, und wo die Bezahlung nicht nach dem Tarif erfolgt, ist sofort Bericht an den Vorstand zu geben. Zum Schluß wurden die Kollegen ermahnt, nunmehr recht kräftig zu agitieren, damit auch die letzten fernstehenden Kollegen gewonnen werden. Mutig voran, denn Einigkeit führt zum Ziel.

**Mesum.** Die Mesumer Kollegen, die bis dato geschlafen, haben erkannt, daß es nun wohl an der Zeit ist, aufzuwachen. Am 5. Februar wurde hier eine Bauarbeiterversammlung abgehalten, zu der Kollege Müller-Danzig erschienen war. Kollege Müller sprach über den Wert der Tarifverträge und hob hervor, daß durch dieselben eine gerechte und geregelte Lohn- und Arbeitsbedingung zustande gekommen sei. Referent betonte, daß die Erreichung dieses Zieles allerdings erst große Opfer gekostet hätte. Leider versuchten die Unternehmer von Mesum den Tarifvertrag zu umgehen, indem dieselben niedrigere Löhne zahlten, wie im Tarifvertrage vorgesehen sind. Beim Unternehmer Büscher hängt sogar ein Plakat auf dem Bureau, welches besagt, daß nur Leute, die durch den Arbeitsnachweis der Unternehmer gegangen sind, eingestellt werden. Auch dieses Gebaren verstößt gegen den Tarifvertrag. Im Tarifvertrage ist ferner die zehnstündige Arbeitszeit festgelegt, dagegen werden hier immer elf Stunden gearbeitet. Auch dieses ist zu verwerfen. Kollege Müller verlas dann ein Schreiben von Arbeitgebern, aus dem zu ersehen ist, auf welche Weise sie es versuchen, dem einseitigen Arbeitsnachweis Anerkennung zu verschaffen. Der Referent ersuchte die anwesenden Kollegen, bei der Agitation nach Flugblatt Nr. 12 zu verwenden, der Erfolg werde dann nicht ausbleiben. Die unorganisierten Kollegen werden dann einsehen, daß sie sich dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter anschließen müssen. Da wir in diesem Jahre eine gute Konjunktur zu verzeichnen haben, wird es uns ein leichtes sein, dem Tarifvertrag in allen seinen Punkten Anerkennung zu verschaffen. In der darauf folgenden Diskussion erwähnten einige Kollegen, daß auch die Noten verjücht hätten, in Mesum und Umgebung Fuß zu fassen, was ihnen allerdings nicht gelungen ist. Es wurde dann beschloffen, gleich in den nächsten Tagen eine Schlichtungskommission einzuberufen, um zu den Differenzen hier in Mesum Stellung zu nehmen. Kollege Müller sprach dann das Schlußwort, in dem er die wüste Agitation der „Genossen“ beleuchtete und hervorhob, daß kein christlich und national denkender Arbeiter sich einer solchen Organisation anschließen könnte. Es wurde dann die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

**M. Gladbach. Kopfflosigkeit im sozialdemokratischen Stukturenverband.** In M. Gladbach verhandelt der freie Stukturenverband am 12. März über die Arbeiten der Firma Bogus u. Gießmenger am Neubau des Sanjahauses die Sperre. Die Sperre erfolgte angeblich deshalb, weil der Geschäftsführer den am Afford Befestigten bei der Lohnzahlung statt 170 Tagelohnstunden nur 100 Stunden als Abzahlung auszahlte. Die Zahlung der Reststunden sollte am Montag erfolgen, weil eine große Zahl Tagelohnstunden für Fensterputzen mitaufgeführt waren, die aber zur übernommenen Affordarbeit gehörten. Hierauf wurde die Sperre verhängt, trotzdem nach § 6 des Tarifvertrages zuerst die Schlichtungskommission anzurufen ist. Die Verhängung der Sperre wurde der Firma durch folgenden Schreiben mitgeteilt:

M. Gladbach, den 12. März 1911.

Herrn Utenen

Teile Ihnen hierdurch mit, daß laut Beschluß vom 12. 3. 1911 unserer Versammlung über den Neubau Sanjahaus die Sperre verhängt worden ist, bis die Differenzen, welche Sie mit den Beschlenen haben, beigelegt und geregelt sind.

Achtungsvoll  
Zentralverband der Stukturen, Filiale M. Gladbach,  
Dev Pauli.

Im Verbandsorgan der „Stukturen“ Nr. 11 gilt die Firma ebenfalls als gesperrt. Die Genossen arbeiteten aber zühtig weiter, auch heute noch. Ob das auch Strafbrecher sind? Im diesem Herinfall zu verbeden, bestreiten jetzt die Genossen, daß die Sperre verhängt worden sei. Wie aber Jgura zeigt, lassen sich Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Für die Genossen war diese Indemühle, in der sie saßen, durchaus peinlich. Sie mußten Rat und hielten sich ihren Gauleiter Rabitz (Düffelbör), der auf dem Gebiete der Verbrechen sehr bewandert ist. Rabitz sagte in der Kommissionsitzung am 21. März, die Sperre sollte nur dann verhängt werden, wenn sich die Kommission nicht einigen würde. Recht lächerlich klingt eine derartige Reberwendung. Zuerst war es der hohe Schriftführer, der als Sündendosa herhalten mußte; als jedoch diese Abscheu der Unerschlichkeit verfiel, war es das Verbandsorgan, das nicht maßgebend sei für die Ortsgruppen, um Zugang fern-

zuhalten. Zum Spott der anwesenden Kommissionsmitglieder entgleite über seine Lippen die Mitteilung, daß er selbst der Versammlung beigezogen habe, wo der Beschluß gefaßt wurde, die Firma zu sperren. Welche Kopfflosigkeit! Die Tatsache steht fest, daß der freie Verband die Sperre verhängt hat, ohne den Instanzenweg zu beschreiten. Dieser Vorwurf ist um so schlimmer, weil der Beamte Rabitz mit dabei war, wo der Beschluß gefaßt wurde, die Firma zu sperren, vermullich sogar auf dessen Betreiben, weil der größte Teil der Arbeiter christlich organisiert ist. Welche Sinnlosigkeit ist es, zu behaupten, der Beschluß der Sperre sei nicht gefaßt worden. Man muß zu dem Entschluß kommen, daß alles Schwundel ist, was das freie Verbandsorgan schreibt und dessen Vertreter sagen. Eine andere Möglichkeit besteht nicht mehr. Eine glatte Ueberlage haben sich die Genossenschaftler geholt, wie auch nicht anders zu erwarten war. Die um angeblich 70 Stunden zu kurz gekommenen Tagelohnstunden haben ergeben, daß die Firma in ihrem Recht ist. Eine Organisation, die so kopfflose Vertreter hat und so frivol vorgeht, darunter selbst das Ansehen einer Arbeiterorganisation. Es wirkt direkt arbeiterschädigend und soll für diejenigen ein Fingerzeig sein, um zu sehen, wo die wahren und die falschen Arbeitervertreter liegen. Stärkung der christlichen Organisationen ist notwendig.

**Reumühl-Duffshausen.** Am Sonntag, den 12. März, fand im Lokale Rittersbach, Hamborner Straße, unsere Generalversammlung statt. Der Besuch war ziemlich gut. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassen- und Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Agitation, 4. Verschiedenes. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen: die Gesamteinnahme betrug bei durchschnittlich 12 bis 14 Mitgliedern 542,80 M. Dies beweist, da ja auch hiez einige Kollegen ausgesperrt waren, daß die Kollegen ihren Verpflichtungen treu nachgekommen sind. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bevor zur Vorstandswahl geschritten wurde, ermahnte unser Vorkassierer Kollege Jestaß (Oberhausen) die Kollegen, sich der Organisationsarbeit nicht zu entziehen, indem sie die auf sie fallende Wahl aus nichtigenden Gründen etwa ablehnen sollten. Die heutige Zeit erfordere ganze Männer und Mitarbeiter. Leider sei vielfach zu beobachten, daß gerade die fähigsten Kollegen sich dieser Arbeit entzögen. Dies darf nicht mehr vorkommen, wenn unsere Organisation Fortschritte machen soll, ur... müsse doch in diesem Jahre der Fall sein. Besonders die Zahlstelle Reumühl, die im verflossenen Jahre nur 14 Mitglieder hatte - heute aber bereits die 40 überschritten - berechtige zu den besten Hoffnungen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: als erster Vorsitzender Clemens Biker, Leihstraße 86, als zweiter Vorsitzender Andreas Klüber, Mühlstraße 10; als erster Kassierer Rudolf Koll, Hagenstraße 53, als zweiter Kassierer Wilhelm Maßmann, Holtener Straße 276; als erster Schriftführer Heinrich Sorg, Leihstraße 86, als zweiter Schriftführer Alex Jordan, Mühlstr. 10; als Kassierrevisoren die Kollegen Ueberbil und Jäfel; als Hauskassierer die Kollegen Ludwig Koll und Alois Thuchnid; als Kartellbelegierte die Kollegen Jordan und Klüber; als Tirkontrollen die Kollegen Stad und Weisseder. Sämtliche gewählte Kollegen nahmen die Wahl an. Kollege Jestaß ermahnte die neugewählten Vorstandsmitglieder, das ihnen aufgetragene Amt mit dem nötigen Fleiß und Energie zu verwalten. Am Vorstände liege es in den meisten Fällen, ob eine Zahlstelle voran- oder zurückgehe. Er allein könne die Arbeiter nicht machen, was allerdings in seinen Kräften liege, werde er tun, aber die übrigen Vorstandskollegen müßten ihn auch unterstützen. Auch die übrigen Mitglieder hätten die Pflicht, sich jetzt nicht abseits zu stellen und dem Vorstand und dem Beamten die Arbeit allein zu überlassen, sondern tatkräftig mitzuarbeiten. Vor allem sollen sie die Versammlungen fleißig besuchen und die Beiträge pünktlich und willig entrichten. Die nächste Versammlung wurde auf Donnerstag, den 30. März, abends 8 Uhr, und von da an fortlaufend alle 14 Tage Donnerstags im Lokale Rittersbach festgesetzt. Betreffs Agitation verlas der Vorsitzende ein Rundschreiben des Hauptvorstandes und ersuchte die Kollegen, dieses Schreiben in die Tat umzusetzen. Kollege Jestaß besprach nochmals die Notwendigkeit der Agitation und gab verschiedene beachtenswerte Anregungen für dieselbe. - Unter „Verschiedenes“ wurde von einigen Kollegen noch die Jugendfrage sowie die Beitragsleistungen und die Entlohnung der jüngeren Kollegen besprochen. In einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, mit der nochmaligen Ermahnung zur Agitation, hinweisend auf die Kampfesstellung der Arbeitgeber, ferner auf die Kampfesweise der „Genossen“ gegenüber unserer christlichen Weltanschauung, forderte er die Kollegen auf, jeder soll sich als Kämpfer für unsere Weltanschauung in die erste Reihe stellen, um so mit beizutragen, daß unsere Mitgliederzahl sich immer erhöhe. Mit einem Hoch auf unseren Verband schloß er darauf die Versammlung.

**Nürnberg. (Jahresbericht.)** Als ein denkwürdiges, entscheidendes Jahr, denkwürdig nicht nur für die Bauarbeiter, nein auch für die gesamte deutsche Arbeiterchaft, wird der Chronist das verfllossene Jahr in der Geschichte aufzeichnen. War es doch diesem Jahre vorbehalten, Zeuge zu sein des gewaltigen Kampfes, den die deutschen organisierten Bauarbeiter um Arbeiterrechte gegen Unternehmenswillkür zu führen gezwungen waren. Die Illusionen, die in den Köpfen einiger Schamsmacher im Baugewerbe und deren Hintermänner ihr Unwesen trieben, durch eine allgemeine Aussperrung könnten die Arbeiterverbände lahmgelegt werden, sollten gründlich zerstört werden. Am Kampfe beteiligt waren von den 203 Mitgliedern unserer Verwaltungsstelle 138. Von diesen waren 105 verheiratet und hatten 248 Kinder unter 14 Jahren. Der Verlust an Arbeitszeit betrug 6566 1/2 Tag. Der an Arbeitsverdienst 31 239,65 M., oder pro Mitglied 226,37 M. An Unterstützung wurde ausgezahlt, für 105 Verheiratete für 4489 Tage 10 532,60 M. Für 33 Ledige für 433 Tage 777,40 M. Oder pro Kopf 81,96 M. Der Mehrverdienst beträgt für die Kollegen unserer Verwaltungsstelle während der Vertragsdauer 36 641,50 M., macht pro Mitglied 180,50 M. Mehrverdienst und Unterstützung betragen also 262,46 M. Abzüglich des entgangenen Arbeitsverdienstes in Höhe von 226,37 M. bleibt für die von der Aussperrung betroffenen Kollegen ein nettes Mehrerkommen von 36,09 M., wogegen es für die, welche weiterarbeiten konnten, 180,50 M. beträgt, allerdings abzüglich der geleisteten Zuschlagsbeiträge. Aber immerhin beweist die Statistik, daß die ausgesperrten Kollegen es waren, die die Kassenisten aus dem Feuer holten, zur Bekämpfung der sich sträubten, die Zuschlagsbeiträge zu entrichten. Für diese gingen ein 588,80 M. Im allgemeinen wurden sie ziemlich pünktlich geleistet. Einige Werkstätten, die sich entweder des Ernstes der Situation nicht bewußt waren, oder aber, was eher anzunehmen ist, aus blindem Egoismus für die, auch für ihre Vorkell, im Kampfe stehenden Kollegen nicht einmal eine kleine Unterstützung übrig hatten, waren selber auch in unserer Verwaltungsstelle zu finden. Dem unfaulderen Treiben jener gewissenloser Elemente, die nur während des Kampfes Unterstützung im Verbandsuchen und so ein feilvolles Spiel mit den mühsam zusammengetragenen Groschen ihrer Arbeitskrüher treiben, muß bei der nächsten Gelegenheit ein Ende gemacht werden. Die Konjunktur war während des verflossenen Jahres, besonders aber nach dem Kampfe, recht lebhaft. Erreicht wurden insgesamt 636 Gebäude und zwar, 300 Wohnverträge, 47 Wohnsiedelgebäude, 59 Fabrik- und Werkstattdgebäude, 99 Geschäfts- und Lagergebäude, 8 öffentliche Gebäude, darunter 3 Kirchen und 53 Nebengebäude, die nicht zu vorwiegend Wohnzwecken verwendet werden. Trotz der recht guten Konjunktur blieb die erlosste Mitgliederzunahme aus, was wohl zum größten Teile auf den Terrorismus der sozialdemokratischen Organisierten zurückzuführen ist. Drei Zahlstellen wurden im Berichtsjahre neu gegründet. Es sind dies: Weisendorf, Reumkirchen und Dürr-

wangen. Deiber erzielen die Kollegen der beiden letzten Orte dem Gewerkschaftsgedanken sehr wenig Sympathien. Insgesamt wurden ausgenommen 117 Kollegen. Die Mitgliederzahl stieg von 208 auf 215. Die Einnahmen für die Zentralkasse betrugen 4410,40 M. Die Ausgaben 610,55 M. Davon entfallen 88,65 M. auf Rechtschutz, 255,50 M. auf Kranken-, 36 M. auf Sterbe-, 214,20 M. auf Streit- und 16,20 M. auf Gemischtemunterstützung. Die Verwaltungsstelle hatte an Einnahmen 2145,33 M. An Ausgaben 1836,63 M. Nach wie vor war das Verhältnis zwischen unseren Kollegen und den Mitgliedern der freien Verbände ein sehr gespanntes. Abgesehen von den fortwährenden Schlämmerungen, wurden unsere Kollegen 6 mal aus der Arbeit gedrängt. Zwar erklärten die Führer der freien Verbände jedesmal, daß sie diese Handlungsweise ebenfalls verurteilten, doch daß sie dagegen energisch eingeschritten wären, ist uns nicht bekannt. Jüngere wollen wir gewiß, daß der Haß, geschürt in jahrelanger Heße, mit einem Schläge nicht auszurotten ist. Daß die Arbeiter besseres zu tun haben als sich gegenseitig zu bekämpfen, sollten doch auch endlich sozialdemokratisch Organisierte einsehen. Versammlungen wurden in der Verwaltungsstelle abgehalten 68, Vorstandssitzungen 16, Vertrauensmännerversammlungen 17. Der Besuch der Versammlungen betrug durchschnittlich 40 %, während die Sitzungen vollständig besucht waren. 37 Vorträge wurden bei diesen Anlässen gehalten. Diefelben waren teils gewerkschaftlicher, teils sozialer Natur. Dreimal tagte die Schlichtungskommission und einmal das Schiedsgericht. In beiden Instanzen ist einer von unseren Kollegen vertreten. Unser Arbeitsnachweis beherrschte sich auch im vergangenen Jahre sehr gut. Dringend bitten wir die Kollegen, in Zukunft noch mehr als bisher der Verwaltung die offenen Stellen bekanntzugeben. Sehr viel tragen sie dadurch zur Förderung unserer Sache bei. Vor dem Gewerkschaftsrat vertrat die Verwaltung die Mitglieder in 4 Fällen. Desgleichen wurden 52, darunter 4 schriftliche Wünsche erteilt; und zwar 11 in Sachen der Invaliden-, 25 der Kranken-, 16 der Unfallversicherung und 10 in Steuerfragen. 7 Eingaben, 3 Gesuche und 4 Berufungen, wurden in diesen Angelegenheiten ebenfalls gemacht. Der Erfolg ließ sich nicht genau feststellen, doch dürfte er annähernd 370 M. betragen. Im Berichtsjahre referierte der Sekretär in 10 öffentlichen und 43 Mitgliederversammlungen, 6 mal in den Arbeitervereinen, 1 mal im Kartell und 1 mal im Gesellenverein. In anderen Berufen hielt er 8 und in den Unterrichtskursen 4 Vorträge. Des Weiteren nahm er teil an 29 Versammlungen und Sitzungen, 12 Raubbesprechungen und 4 Sitzungen mit den freien Verbänden, außerdem an den Verhandlungen bezüglich des Vertragsabschlusses, die etwa 16 Tage in Anspruch nahmen. 23 dem Verbands untreu gewordenen Kollegen wurden durch Aufsuchen in der Wohnung wieder zur Fahne zurückgeholt. Wegen Nichterhaltung des Vertrages mußte er in 16 Fällen bei den Arbeitgebern vorstellig werden. Besont sei aber, daß davon nur 2 auf Nürnberg entfielen. Bezüglich der Geschäftsführung in den Zahlstellen kann man im allgemeinen zufrieden sein. Dessenungeachtet verdient es, daß die Zahlstellen Nürnberg, Nürnberg und Großpörschbrunn die Quartalsabrechnungen stets pünktlich eingekandt haben, im letzten Quartal auch Großtrieb. Hoffen wir, daß der nächste Jahresbericht sagen kann: „Sie waren alle pünktlich.“ Das Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen ist mit einer ganz geringen Ausnahme ein sehr gutes. Da, wo es nicht so ist, wie wir wünschen sollten, unsere Kollegen den Vereinen nicht den Rücken drehen, wie es vielfach geschieht, sondern im Gegenteil in diesen Vereinen tüchtig mitarbeiten, sich gewissermaßen unentgeltlich machen, um so Einfluß auf die Verwaltung zu erzielen. Weiter sollen wir aber auch bedenken, daß die Förderung der christlichen Gewerkschaften für die Arbeitervereine wohl eine wichtige, aber doch nicht die erste Aufgabe ist. Ganz besonders trifft das für die ländlichen Vereine zu. Wo Missstände vorhanden sind, lassen sich diese mit einem Schläge auch nicht aus der Welt schaffen. Nur dadurch, daß wir in Ruhe und Besonnenheit unter Berücksichtigung der obwaltenden Umstände in den Vereinen fleißig mitwirken, werden wir uns durchsetzen und zum Ziele gelangen. Im Postverkehr sind zu verzeichnen unter Eingang, 121 Briefe, 58 Karten, 27 Druckfächer, 2 Telegramme, 16 Postanweisungen, 88 Pakete. Unter Ausgang, 263 Briefe, 202 Karten, 289 Druckfächer, 6 Telegramme, 54 Postanweisungen, 11 Pakete. So dürfen wir denn einerseits mit Genugtuung auf das verfloßene Jahr zurückblicken, andererseits aber zeigt es uns, daß wir alle Ursache haben, auch im kommenden Jahre auf dem Posten zu sein. Gewiß haben wir große Opfer gebracht im vergangenen Jahre für unsere Arbeiterrechte, für unsere Weltanschauung. Aber wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann werden wir in Zukunft für diese unsere Ideale noch größere Opfer zu bringen haben. Es erheben sich die Gegner auf allen Seiten. Zeigen wir ihnen, daß wir uns nicht rütteln lassen an unsern höchsten Gütern. Aber nur dann werden wir das vermögen, wenn wir in treuer Einigkeit mitarbeiten an der Förderung unserer Sache. In Einzelheit möge es so bleiben, wie es im vergangenen Jahre war. Weisen wir auch in Zukunft alle jene unlauteren Bestrebungen, die die Einigkeit gefährden, auf das entschiedenste zurück, mögen sie kommen woher sie wollen. Mitarbeiten. Ja Mitarbeiter müssen uns in Zukunft noch mehr erstehen. Jeder muß Mitarbeiter sein. Treue Mitarbeiter hatten wir auch im vergangenen Jahre. Besonders sei da unserer Hauskassierer gedacht, die alle sämtlich ihr Amt in musterwürdiger Weise bekleidet haben. Nicht materiellen Lohn können wir unseren Mitarbeitern bieten. Doch das Bewußtsein, daß man als christlicher Arbeiter für seine beiden hohen Ideale tätig war, seine Pflicht getan, ist wohl der schönste Lohn. Weisen Dank mögen hiermit alle empfangen, die ihn verdient haben, die mit tätig waren.

Es ist jetzt Aussicht vorhanden, daß wir auch auf unserem exponierten Posten weiterkommen. Während der letzten drei Wochen ist unsere Mitgliederzahl um 48 gestiegen. Vorwiegend haben wir auch in diesem Jahre wieder eine gute Konjunktur. Rügen wir daher die Zeit. Ueber schöne Erfolge werden wir dann im nächsten Jahre berichten können.

Außer vorstehendem Geschäftsbericht enthielt die Tagesordnung unserer gut besuchten Generalversammlung der Verwaltungsstelle, welche am 22. März tagte, einen Vortrag über „Die Situation in unserem Berufe“, Vorstandswahl und Erledigung der Anträge. In seinem Referate über die Lage der Baugewerkschaft in Bezug der Konjunktur und der sozialdemokratischen Verbände. Wie es schon, erklärten heute die letzteren noch mehr als zuvor ihre Hauptaufgabe darin, unsere Mitglieder in der niedrigsten Weise zu bekämpfen.

In Arbeitgeberkreisen rüste man wieder zu einem neuen Feldzuge, was die Tagesordnung der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes, welche in unserer Stadt vom 19. bis 21. März tagte, sehr deutlich beweist. Unter anderem wurden nämlich Referate gehalten über „Widmung eines Bezirksgebietes des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“, über „Aufbau der Orts- und Bezirksverbände zu widerstandsfähigen Kampforganisationen“, und schließlich über die Materialsperrerei als Hilfsmittel bei Arbeitskämpfen“. Auffallend sei auch, daß die Verhandlungen vollständig geheim geführt wurden. Alles das zeige uns, daß wir uns auch heute wieder in einer sehr ernstlichen Situation befinden. Andererseits aber hätten wir auch schöne Erfolge unserer Arbeit zu verzeichnen. In den letzten Wochen sei unsere Mitgliederzahl um über 50 gestiegen. So weiterzuarbeiten müßte die Parole für jeden einzelnen sein. Es könnten dann die Zeiten auch für uns

wohl erst, aber nicht gefährlich werden. Ehrensache eines jeden Kollegen müßte es sein, nun noch mit um so mehr Mut und Begeisterung für unsere Sache zu wirken, damit das 50. Tausend recht bald erreicht würde. In der Vorstandswahl wurden wiederum als Vorsitzender Franz Sommer, als Schriftführer Johann Gurban und als Revisor Johann Koland. Anträge waren keine eingelaufen.

Eingewiesen wurde nochmals darauf, daß die Arbeitslosenziffer für die Zukunft nicht mehr 25, sondern 30 Pf. kosten. Desgleichen erging an alle Kollegen das freundliche Ersuchen, den Arbeitsnachweis noch mehr als bisher zu unterstützen. Möge der gute Eindruck, den die Versammlung auf alle Teilnehmer machte, recht lange frisch erhalten bleiben und reiche Früchte für die Zukunft zeitigen.

**Hondorf.** Am Sonntag den 12. März fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu der Kollege Preuß erschienen war, der über „Unsere nächsten Aufgaben“ referierte. Kollege Preuß legte den anwesenden Kollegen dringend ans Herz, mehr wie bisher für die Organisation zu tun. Bei etwas gutem Willen sei es möglich, die noch unorganisierten Kollegen für uns zu gewinnen, da noch dazu in diesem Jahre eine gute Konjunktur an diesem Orte vorhanden ist. Allerdings müßten die Kollegen alle mitarbeiten, und nicht dem Vorstande allein die Arbeit überlassen. Wenn wir alle mitarbeiteten, dann sei es möglich, unsere Mitgliederzahl zu verdoppeln. Wir würden dann auch im Jahre 1913 gerüstet dastehen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen, worauf dann die Versammlung geschlossen wurde.

**Stahl.** Am 25. März hielt unsere Verwaltungsstelle eine außerordentliche Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Der Bezirksleiter Kollege Werner behandelte das Thema „Der Beschäftigter der Arbeitgeber des Baugewerbes und unsere nächsten Aufgaben“. Werner warf einen Rückblick auf den Kampf des Jahres 1910. Die Erfolge des Kampfes müssen unter allen Umständen festgehalten werden. Die Unternehmer wollen den Aufstieg der Arbeiter verhindern, deshalb sammeln sie einen Kriegsschlag an. Durch eine planmäßige Agitation muß seitens der Bauarbeiter dahin gewirkt werden, daß immer neue Kollegen für unseren Verband gewonnen werden, damit wir in Zukunft allen Anforderungen gerecht werden und den Kampf auch in aller Energie um die Rechte der Bauarbeiter führen können. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der Versammlung wurde festgestellt, daß sämtliche Kollegen von Stahl nunmehr unserm Verband angehören, bis auf zwei. Aber auch diese werden wir in nächster Zeit gewinnen. Es wurde ferner auf die Lohnerhöhung am 1. April hingewiesen und allen Kollegen die Anweisung gegeben, sofort Meldung zu machen, wenn die Lohnerhöhung nicht gezahlt wird. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

NB. Kollegen von Stahl und Umgebung! Steht fest zusammen, laßt keine Lücke in der Organisation einreißen. Mit vereinten Kräften und Opfern wollen wir dazu beitragen, daß unsere Organisation auch in Zukunft den Kampf gut besteht, deshalb vorwärts in der Agitation.

**Wald (Mühl.).** Am Sonntag den 5. März, hielt unsere Zahlstelle eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht aus dem Kartell, 2. Wahl von zwei Kassierern und eines Hauskassierers, 3. Geschäftliches, 4. Vortrag, 5. Verschiedenes. Kollege Jol. Gohlbach teilte mit, was auf der Kartellversammlung angeregt und besprochen wurde. Als Revisoren wurden Adam Vollmann und Peter Ballmann, als Hauskassierer Wilhelm Wäpfer einstimmig gewählt. Es wurden zunächst noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Alsdann referierte Kollege Deppe (Barmen) über die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände und die Aufgaben der Bauarbeiter. Er schilderte die Ziele, die der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe mit der Aussperrung im vorigen Jahre bezweckte. Die Erfahrungen, die er 1910 gesammelt, wolle er 1913 zur Anweisung bringen. Redner richtete an alle anwesenden Kollegen die Mahnung, nicht zu ruhen, sondern noch mehr wie bisher zu agitieren und zu arbeiten. Eine Mitgliederzahl von 50 000 müßte in diesem Jahre erreicht werden. Haben wir den Kampf 1913 dann siegreich überstanden, so werden wir auch so leicht nicht niederzuringen sein. Hieran erhielt Kollege Preuß (Eberfeld) das Wort. Dieser ergänzte im wesentlichen noch die Ausführungen des Kollegen Deppe. Unter „Verschiedenes“ wurden noch wichtige Aufstellungen seitens einiger Kollegen gegeben. Nach einer längeren regen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

**Werther.** Am 4. März fand unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahres- und Kassierbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag des Kollegen Werner-Baderborn. Dem ersten Punkt der Tagesordnung war folgendes zu entnehmen: Der Mitgliederbestand beträgt 26. Für die Zentralkasse wurden 808,34 M. eingenommen. Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen einschließlich Bestand von 1909 315,54 M. Die Ausgaben stellten sich auf 152,70 M., mit- hin Bestand 162,84 M. Für den 16 wöchentlichen Kampf erhielten wir aus der Zentralkasse 1870 M., ausgegeben wurden 1931,65 M. Aber nicht umsonst sind diese Opfer gebracht, denn der Kampf endete mit einem Siege unserer Kollegen, und einer Lohnerhöhung von 5 Pf. in 3 Jahren. Aus der darauffolgenden Vorstandswahl gingen hervor: die Kollegen Strathöfter 1. und Peter Obermann 2. Vorsitzender; Heinrich Vandwehr Schriftführer, Gustav Heidemann Kassierer. Zu Hauskassierern wurden gewählt die Kollegen: August Strathöfter, Hermann Wessel und Heinrich Köpfel, zu Revisoren die Kollegen Heinrich Wjmann und Heinrich Brokmann. Zum Schluß hielt dann Kollege Werner noch einen Vortrag über die christliche Gewerkschaftsbewegung, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Da sich in der Diskussion niemand mehr zum Wort meldete, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

**Volkswirtschaftliches u. Soziales.**

**Lungenentzündung und Beruf.** Schon lange bevor der Tuberkulobazillus von Robert Koch aufgefunden worden war, hatten die Ärzte erkannt, daß das Einatmen von Staub die hauptsächlichste Ursache von Lungenkrankheiten ist und daß das Staubeinatmen auch sehr viel zur Ausbreitung der Lungenentzündung beiträgt. Das massenhafte Eindringen von Staub in die Lunge führt in ihr ganz wesentliche Veränderungen herbei, macht die Lunge zu ihren Funktionen minderwertig und sie wird zum Herd der Tuberkulobazillen. Deshalb ist auch die Lungenentzündung in solchen Berufsarten, in denen sich eine starke Staubeinwirkung zeigt, viel stärker als in anderen Berufen, in denen die Staubeinwirkung bei der Arbeit geringer ist. Nach einer von Sanitätsrat Dr. Eiben auf Grund von dreijährigen Beobachtungen aufgestellten Statistik fanden hinsichtlich der Erkrankungen an Lungenentzündung die Wäpferinnen am günstigsten. Auf je 100 Todesfälle kommen bei ihnen nur 7,4 Todesfälle infolge Lungenentzündung. Auch in der Gruppe Forstwirtschaft und Jagd war die Erkrankung an Lungenentzündung noch verhältnismäßig niedrig, denn auf je 100 Todesfälle kamen 9,5 Todesfälle an Lungenentzündung. Weniger als 20 Todesfälle an Lungenentzündung auf je 100 Todesfälle kamen vor in der Landwirtschaft, in Baumunternehmungen, in der Kunstgärtnerei und in den Betrieben der Eisenbahn und der Post. Mehr als 20 bis 30 Todesfälle an Lungenentzündung auf je 100 Todesfälle hatten aufzuweisen das Frachtgewerbe, die Kleingewinnung und Holzzurichtung, 30—40 Fälle wurden festgestellt

bei den Steinbrechern, in der Gerberei, bei Goldschmieden in der Mäherlei, Spinnerei und Schloßerei. Mehr als 40 bis 50 Todesfälle infolge der Lungenentzündung kamen vor bei den Böttchern, Stuckateuren, Uhrmachern, Memmern, Tischlern, Malern, Schuhmachern, im Sattler-, Goldschmiede- und Steinhauergewerbe. In der Bäckerei, bei den Schneidern, Buchdruckern und Käferinnen starben mehr als die Hälfte an Lungenentzündung, am höchsten war der Prozentsatz bei den Bindern.

Neuerdings hat Professor Sommerfeld-Berlin in einer Broschüre über die Schwindsucht der Arbeiter die Gefährlichkeit des Staubes und seine Einwirkung auf die Lungenentzündung eingehend behandelt. Nach den Beobachtungen Sommerfelds kommt dem metallischen Staub die höchste Gefährlichkeit zu, an zweiter Stelle hinsichtlich der Gefährlichkeit folgt der organische Staub (Leber-, Fell-, Woll-, Baumwoll-, Holz-, Tabak-, Papierstaub) an dritter Stelle kommt der mineralische Staub. In einer eigenen Statistik Sommerfelds, die sich über 49 Berufe erstreckt, schwankte die Sterblichkeit an Lungenentzündung auf je 100 Todesfällen überhaupt zwischen 89,3 und 157,9. Die höchste Sterblichkeitsziffer von 89,3 wurde ermittelt bei den Steinbauern, die niedrigste Ziffer von 157,9 bei den Kadriern. An zweiter Stelle stehen nach den Ermittlungen Sommerfelds die Metallschleifer; bei ihnen starben 739,1 auf je 1000 an Lungenentzündung. Die Sterblichkeitsziffer an Lungenentzündung auf je 1000 Todesfälle stellte sich weiter auf 600—700 bei den Tischlern, Hutmachern, Griffelmachern, Graveuren und Pfeifenleuten und bei den Drechslern. Zwischen 500 und 600 schwankte die Sterblichkeitsziffer an Lungenentzündung bei den Zigarrenmachern, Porzellanarbeitern, Buchbindern, Mechanikern, Memmern, Schneidern, Schuhmachern, Tischlern, bei den Bäckern Malern, Berggoldern, Rählern, Metallbrechern, Böttchern und Glaschleifern. In den Gewerben, bei denen die Sterblichkeitsziffer an Lungenentzündung zwischen 400 und 500 schwankte, gehören die Bierbrauer, Dachdecker, Steinbrucher, Metzger, Buchdrucker, Schriftsetzer, Tapezierer, Rosamentierer, Sattler, Bildhauer, die Gastwirte und die Goldschmiede.

Im einzelnen weichen die beiden Untersuchungen wohl etwas von einander ab, im ganzen aber läßt sich aus beiden Untersuchungen ersehen, wie gefährlich der Staub für die menschliche Lunge ist. Die Beseitigung oder wenigstens die Einschränkung des Staubes muß deshalb auch überall in Werkstätten und Fabriken, aber auch in der Wohnung angestrebt werden.

**Von den Arbeitsstellen.**

**Offenburg.** Am 17. März verunglückte unser Kollege Burekalk. Er war mit dem Aufräumen eines Brandplatzes beschäftigt. Kollege Burekalk hatte kaum damit begonnen, als auch schon das Dach zusammenbrach. Unglücklicherweise fiel er aus einer Höhe von drei Metern auf unten liegende Gesteinsmassen, wo er schwerverletzt liegen blieb. Die Sanitätskolonne brachte den Schwerverletzten sofort ins Krankenhaus. Nach Ansicht der Ärzte wird Kollege Burekalk kaum mit dem Leben davontommen. Wieder eine Mahnung an unsere Kollegen zu größerer Vorsicht!

**Briefkasten.**

**An Mehrere.** Die Nummer 14 der „Baugewerkschaft“ ist an der Zentrale vollständig vergriffen. Die Nachbestellungen konnten somit nicht mehr erledigt werden.

**Nach Limbach.** Dagegen ist kaum etwas zu machen.

**Literarisches.**

**Witowski C.,** Direktor im Reichsversicherungsamt in Berlin. Die Arbeiterversicherung in den Kulturstaaten. Klein-Druck in Leinen gebunden. VIII und 245 Seiten. (Sammlung Köfel. Bd. 38.) Preis M. 1.—. (Verlag Köfel, Kempten und München.)

Durch die neue Reichsversicherungsordnung ist der gesamte Kreis der Arbeiterversicherungsfragen wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die vorliegende Einführung in die Arbeiterversicherungsgegebung sämtlicher Kulturstaaten Europas, Amerikas und Australiens, von der denkbar zukünftigsten Seite mit voller Anschaulichkeit und reichster praktischer Erfahrung entwickelt, wird schon deshalb die größte Aufmerksamkeit aller Interessenten auf sich ziehen. Selbstverständlich ist die deutsche Arbeiterversicherung weitläufig am ausführlichsten behandelt, und mit Stolz wird man aus ihrer Darstellung entnehmen, daß sie mit vollem Recht an die Spitze gestellt ist. Aber der vergleichende Überblick über in anderen Ländern durchgeführten Versicherungsformen lehrt uns doch, daß wir vom Ausland noch manches lernen und manche Verbesserung übernehmen können. In jedem Fall wird das vorliegende vortreffliche Bändchen auf lange hinaus der beste Berater in einer der wichtigsten sozialen Maßnahmen des modernen Kulturstaates bleiben.

**Bekanntmachungen.**

Als verlesen werden gemeldet die Buch-Nr. 24 593 des Kollegen Karl Adam von der Zahlstelle Lage; die Buch-Nr. 101 784, lautend auf Jos. Pocha von der Zahlstelle Glatz; die Buch-Nr. 177 700, lautend auf Hermann Esbers von der Zahlstelle Rheine.

**Achtung! Gesamtverbandssekretariat für Baden (Karlsruhe).** Die Adresse des neu errichteten Gesamtverbandssekretariats für Baden ist: Joseph Gring, Karlsruhe, Klempnerstraße 27 II.

**Aufforderung.** Das Mitgliedbuch Nr. 18 459 des Kollegen Jos. Krämer II, geboren 30. 5. 1886 zu Oberod, ist ohne Angabe des Abmeldungsortes an die Zentrale gesandt worden. Wir bitten den Kollegen bzw. den Abmelder des Buches, seine Adresse anzugeben, damit dasselbe wieder zurückgesandt werden kann.

**Achtung! Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter** erhalten bei hohem Lohn in der Provinz Schlesien schöne Arbeit nachgewiesen. Meldung bald.

**Ed. Pfeffer, Breslau, Mauritiusplatz 4.**

**Sterbetafel.**

Am 19. März starb unser Kollege Bruno Datt an Lungenentzündung. Verwaltungsstelle Flensburg.

Am 26. März starb nach kurzem Leiden unser treuer Kollege Joseph Bey im Alter von 58 Jahren an Lungenentzündung. Zahlstelle Eiberfeld (W. u. S.).

Am 29. März starb unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter August Wertham aus Rittmarshausen, infolge Lungenentzündung im Alter von 64 Jahren. Zahlstelle Göttingen.

Am 29. März starb an Lungenentzündung unser treuer Kollege Gustav Wittelsbach im Alter von 23 Jahren. Zahlstelle Duisburg (Maurer).  
Ehre ihrem Andenken!